

Bezugspreis:

Wöchentlich 70 Goldpfennig voraus zahlbar. Unter Kreuzband für Deutschland, Danzig, Ost- u. Westpreußen, Schlesien, Ost- u. Westfalen, Ost- u. Westfalen, Ost- u. Westfalen...

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Volk und Welt“ mit „Siedlung und Kleingarten“ sowie der Unterhaltungsbeilage „Sonnenschein“ und der Frauenbeilage „Frauenwelt“ erscheint wochentags zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegraphische Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3 Kernsprecher: Redaktion: Telefon 232-233 Verlag: Telefon 2306-2307

Sonabend, den 15. März 1924

Vorwärts-Verlag S.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3 Verlagskonto: Berlin 375 36 - Bankkonto: Direction der Postamt-Gesellschaft, Postfach 100 000

Anzeigenpreise:

Die einseitige Spaltenbreite 0,70 Goldmark, Reklamzeile 2,50 Goldmark, „Kleinanzeigen“ das fertige Wort 0,20 Goldmark (zweifach am fertigen Wort) jedes weitere Wort 0,10 Goldmark, Stellenanzeige das erste Wort 0,10 Goldmark jedes weitere Wort 0,05 Goldmark, Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte, Familienanzeigen für Abenteurer 0,30 Goldmark, Eine Goldmark = ein Dollar geteilt durch 4,50.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3 abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Reichstagswahl am 4. Mai.

Der Reichspräsident hat auf Grund des § 5 des Reichswahlgesetzes verordnet, daß die Hauptwahl zum Reichstag am 4. Mai 1924 stattfindet.

Der Reichsminister des Innern hat zum Reichswahlsleiter den mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Präsidenten des Statistischen Reichsamts beauftragten Ministerialrat Geh. Regierungsrat Professor Dr. Wagemann und zu seinem Stellvertreter das Mitglied des Statistischen Reichsamts Geh. Oberregierungsrat Reisinger ernannt. Die Geschäftsräume des Reichswahlleiters befinden sich Berlin W 10, Lützowufer 8, Fernruf: Berlin Kur-,West 9509. Telegrammadresse: Reichswahlleiter Berlin.

Deutschnationale Taktik.

Man will die Spuren verwischen.

Die Deutschnationalen suchen die schwere außenpolitische Situation des deutschen Volkes auszunutzen für ihre parteipolitischen reaktionären Zwecke. Sie möchten die berechtigte Erregung des Volkes gegen das Treiben der Interessenten, das das deutsche Volk in schwere Krise und schweres Unglück gestürzt hat, ablenken von den Verderbern des deutschen Volkes im Innern auf seine außenpolitischen Bedrücker. Die Grundlage für diesen Versuch bildet jene falsche alte Theorie über das Verhältnis der äußeren und inneren Politik, die die absolute Vorherrschaft der äußeren über die innere Politik behauptet. So schreibt die „Deutsche Tageszeitung“ vom 14. März:

„In seiner großen Mehrheit hat das deutsche Volk heute, wenn nicht die Erkenntnis, so doch das Empfinden, daß das Wesentliche draußen und daß das minder Wichtigste im Innern liegt. Daß es gilt, erst nach außen hin eine Bresche zu schlagen in die Kerkermauer eines bisher unerbittlichen Feindbündnisses, ehe man an den Austrag der Probleme der Staats- und Gesellschaftsform im Innern geht.“

Unter dieser Flagge ist die Helferische Steuer-

sabotage betrieben worden. Unter dieser falschen Flagge haben die Nutznießer der Inflation sich von allen Staatslasten freigemacht, den Mittelstand ruiniert und die Arbeiterklasse ins Elend herabgedrückt. Unter dieser falschen Flagge haben die Deutschnationalen systematisch an der Vernichtung der inneren Grundlagen für eine außenpolitische Erleichterung der Lage Deutschlands gearbeitet. Die Kerkermauern, die Deutschland heute noch umgeben, können nur zerschlagen werden wenn die innerpolitischen Voraussetzungen für eine wahrhafte Befreiungspolitik geschaffen werden.

Es war das Verhängnis des deutschen Volkes, daß die deutsche Politik in den letzten vier Jahren auf ein Wunder gewartet hat, das außenpolitische Erleichterung bringen sollte, ohne mit der größten Entschiedenheit an der Schaffung der innerpolitischen Grundlagen der Erfüllungspolitik zu arbeiten. Mehrere Male haben wir in den vergangenen vier Jahren an kritischen Punkten der Entwicklung gestanden, an denen die psychologische Situation bei den Alliierten einer Wendung zum Besseren günstig war. An diesen Punkten kam es darauf an, in den Fragen der deutschen Finanz- und Währungsreform entschiedene Aktivität zu beweisen. Es kam vor allem darauf an, daß der deutsche Besitz zu seinem Teile die Lasten des Staates und die unermesslichen Leistungen infolge des verlorenen Krieges auf sich nahm. An diesen Punkten ist die günstige Situation vernichtet worden durch die Politik der Deutschnationalen, die sich schüßend vor den steuerwilligen Besitz stellte. Das ist ihre große nationale Schuld!

Die Befreiung Deutschlands wird nicht erreicht durch eine auf leere Demonstrationen oder auf Verweisslungsaktionen abzielende Außenpolitik im Geiste der Deutschnationalen, sondern durch eine sinnvolle Verknüpfung außenpolitischer und innenpolitischer Aktivität, durch die Behauptung und Sicherung der demokratischen Grundlage der deutschen Politik und durch ihre Erfüllung mit sozialem Inhalt.

obligatorischen Einführung, dem 1. Juli 1923, bis heute, also in acht Monaten, mehr als achtzig Prozent seines Wertes verloren hat.

Die Teilnahme an der Geldentwertung ist von den Saardeutschen als ihre vaterländische Pflicht getragen worden. Die Entwertung des französischen Franken aber mitzutragen, kann der deutschen Bevölkerung an der Saar um so weniger zugemutet werden, als sie auf Grund ihrer deutschen Nationalität und des vorübergehenden Charakters, den das Saargebiet als Völkerbundsgebiet hat, keineswegs dazu herangezogen werden darf, eine indirekte Steuer für den französischen Staat zu leisten. Durch die Entwertung des Franken haben alle Besitzer französischen Geldes und diejenigen Vermögen und Rücklagen, die auf Grund gesetzlicher Bestimmungen in festverzinslichen Frankenwerten angelegt werden mußten, wie die Münzelgelder und die Vermögen und Rücklagen der sozialen Kassen (Pensions-, Knappschafts-, Krankenkassen, Versicherungsgesellschaften usw.) mehr als vier Fünftel ihres Wertes verloren. Beim daren Gelde und bei Anlage in französischen Staatspapieren, wie sie z. B. bei den Knappschaftskassen der französischen Grubenverwaltung erzwungen wurde, stellt dieser Kursverlust einen Gewinn des französischen Staates dar. Bei der Annahme, daß etwa 90 Millionen Franken Bargeld im Saargebiet umlaufen, hat die Saarbevölkerung in den letzten acht Monaten dem französischen Staat allein durch die Entwertung des Bargeldes 72 Millionen Franken Steuern bezahlt!

Rum muß das Saargebiet fast seine gesamten Lebens- und Genußmittel einführen, und da bedeutet die schwankende Währung, — das ist aus der deutschen, österreichischen, polnischen, ungarischen, bulgarischen und russischen Erfahrung schon eine Allgemeinerkenntnis geworden — eine starke Verteuerung in der Lebenshaltung der breiten Massen, die nun zum zweiten Male durch die Geldentwertung verarmen. Dauernde Lohnkämpfe sind natürlich die Folge, und so steht im Saargebiet augenblicklich im Vordergrund des Interesses der Lohn- und Gehaltskampf der gesamten Arbeitnehmerschaft, der Arbeiter, Angestellten und Beamten.

Greifen wir die typische wirtschaftliche Lage der größten Arbeitnehmerschaft, der Bergarbeiter, heraus. Ihr Arbeitgeber ist der französische Staat, dem bekanntlich die Saargruben als Entschädigung für die zerstörten Gruben Nordfrankreichs durch den Versailler Vertrag zugesprochen worden sind. In der Sitzung des Senats vom 12. Februar stellte der Berichterstatter fest, daß die Saargruben im verfloßenen Jahre einen ausgezeichneten Ertrag für Frankreich abgeworfen hätten. Die Abfahrtsverhältnisse der Saargruben sind andauernd gut — andererseits gab der französische Minister De Troquer zu, daß die Teuerung im Saargebiet größer sei als in Frankreich. Trotzdem blieb aber der Lohn der Bergarbeiter 75 Proz. hinter der Frankentwertung und der Teuerung zurück! Genau so steht es in den übrigen maßgebenden Branchen und bei den Angestellten bezw. Beamten. Verteuerung und Verelendung gehen bekanntlich Hand in Hand, so daß im Saargebiet die schwersten Wirtschaftskämpfe bevorstehen, wenn der Notlage der Lohn- und Gehaltsempfänger nicht gesteuert wird.

Nachbesprechung des Senats.

In Erwartung einer Regierungskrise.

Paris, 14. März. (W.B.) In der Nachmittags-Sitzung des Senats wurde die Generaldebatte über die Finanzgesetzgebung zu Ende geführt. Der ehemalige Finanzminister Paul Doumer sprach sich, abgesehen von Forderungen Poincarés, gegen das Ermächtigungsgesetz aus. Ebenso der Vertreter Frankreichs im Völkerbund, Senator de Jouvenel; er kritisierte die Außenpolitik Poincarés und forderte ihn auf, die Initiative zu Verhandlungen zu ergreifen über die Probleme der Reparation der interalliierten Schulden, der Militärkontrolle und über das rheinische Problem. Poincaré müsse seinen Horizont erweitern und sich, wenn möglich, auf den Völkerbund stützen, der allein eine dauerhafte Lösung der rheinischen, der Entwaffnungs- und der Reparationsfrage bringen könne. — Die Einzelberatung des Senats begann bei Artikel 1 in der Fassung der Finanzkommission des Senats, der eine Milliarde Ersparnisse vorsieht, die im Rahmen der bestehenden Gesetze erzielt werden sollen. Für diesen Text sprach Senator Renoult. Danach wurde die Sitzung auf 9 Uhr abends vertagt.

Senator de Jouvenel bedauert, daß in der gestrigen Rede Poincarés überhaupt der Agent für die Zukunft gemangelt habe. Seit zwei Monaten sei die politische Tätigkeit des Landes der Wechsellage gewidmet und zudem noch kurz vor den Neuwahlen, zu denen man seines Erachtens schreiten werde.

Poincaré erklärt, vor Ende des Monats Mai würden Neuwahlen stattfinden.

Der weitere Verlauf der Debatte lag bei Schluß der Replikation noch nicht vor. Man rechnet in Paris stark damit, daß Poincaré in dieser Nachbesprechung des Senats gestürzt wird.

Der Frank im Saarlande.

Aus Saarbrücken wird uns geschrieben: Der Frankenfall bleibt leider nicht auf Frankreich beschränkt, sondern zieht auch das Saargebiet stark in Mitleidenschaft. Dieses für 15 Jahre dem Völkerbund anvertraute deutsche Gebiet macht damit zum zweiten Male das Elend eines Währungsverfalls durch. Nachdem es mit dem Mutterland die Inflation der Reichsmark bis zur Reize durchgefostet hatte, führte die Regierungskommission des Saargebietes mit dem 1. Juli 1923 gegen den ausdrücklichen Willen der politischen Parteien die französische Währung als alleiniges gesetzliches Zahlungsmittel ein. Diese Einführung erfolgte gegen die Bestimmungen des Versailler Vertrages (§§ 23 und 32 des Saarstatuts), der bestimmt, daß die deutsche Währung als die gesetzliche und die französische als die geduldetete Währung anzusehen ist. Begründet wurde die Währungsänderung mit dem Hinweis auf die Stabilität des französischen Franken! Wie groß die Stabilität des Franken war, geht daraus hervor, daß er seit seiner

Die französischen Wahlen.

Von Leon Blum, Paris.

Bis 1919 wurde die französische Kammer durch einheitliche Wahlen in den Arrondissements gewählt. Frankreich hatte ungefähr 600 Wahlkreise. Grundsätzlich hat sich die Partei in jedem Wahlkreis und in Wirklichkeit in der sehr großen Mehrheit der Kreise durch Aufstellung eines Kandidaten beteiligt und wenigstens den Wahlschub und die Agitation zugunsten des Parteiprogramms und zur Werbung neuer Mitglieder, Organisationen und neuer Gruppen geführt. Wenn unsere Kandidaten nicht die absolute Mehrheit der Stimmen erhielten und deshalb nicht im ersten Wahlgang gewählt wurden, was leider meist der Fall war, konnten wir doch wenigstens in der Stichwahl einen radikalen oder republikanischen Kandidaten gegen einen rechtsstehenden Bewerber unterstützen. Das war für uns ganz natürlich — wir taten es gratis, und wir haben niemals mit einer anderen politischen Partei ein Stichwahlabkommen getroffen. Wir taten es, wie schon Jaurès sagte, ohne uns anderen Interessen, als denen des Sozialismus verpflichtet zu fühlen, ohne aber zu vergessen, daß die sozialistischen Interessen von denen der Republik untrennbar sind. Um mit Eduard Baillan zu sprechen: „Wir taten es als rein sozialistische Pflicht und aus sozialistischer Disziplin, denn jeder Sozialist ist notwendigerweise Republikaner, und der vollkommenste Republikaner ist der Sozialist.“

Diese Taktik des Verzichts hatte mitunter ihre großen Schwierigkeiten, weil in Frankreich die wirkliche Politik der Parteien nur sehr schwer hinsichtlich ihrer Richtung unterschieden werden kann. Die Grenzen, die sie trennen, sind verworren und dauernd in Fluß, und ihre Haltung wechselt so häufig, daß man sie bisweilen kaum wieder zu erkennen vermag.

Das Wahlgesetz von 1919 hat die bisherigen Verhältnisse von Grund auf verändert. Die Wahlkreise sind weniger zahlreich als früher, die Listenwahl ist eingeführt, und im normalen Falle gibt es nur noch einen Wahlgang. Aber das französische Gesetz von 1919 begünstigt systematisch in jedem Wahlkreis die Liste, die die größte Zahl der Stimmen auf sich vereinigt. Wenn eine Liste die absolute Mehrheit erhält, werden ihr sämtliche Mandate zugesprochen, und die Liste, die die relative Mehrheit erhält — das ist meist der Fall — bekommt die Reststimmen sämtlicher Mandate, im Durchschnitt aber sicherlich mehr als ein Viertel der Mandate des Kreises erhält. Die stärkste Liste wird im weitesten Maße begünstigt. Das hat zur Folge, daß die Kandidaten ein Interesse haben, daß die Liste, auf der sie selbst stehen, die stärkste wird und daß sie sich untereinander verständigen und vielleicht vereinigen, um ihre Liste zu stärken zu machen. Dieses Wahlgesetz erzwingt geradezu die Koalition der an den Wahlen beteiligten Parteien. Nehmen wir an, daß die erste von ihnen in allen Wahlkreisen eine einheitliche Liste repräsentiert und daß die entgegengesetzte Parteigruppe überall Sonderlisten aufgestellt hat, und nehmen wir ferner an, daß jede der zwei Gruppen in ganz Frankreich zusammengenommen die gleiche Wählerzahl erreicht, so ist es mit Rücksicht auf die Möglichkeit, daß die Einheitsliste sämtliche Reststimmen zusammenzählen darf, während das die zweite Gruppe nicht kann, sehr wahrscheinlich, daß die erste doppelt so viel Mandate bekommt als die zweite.

Daraus erklärt sich in der Hauptsache der Erfolg des bloc national im November 1919. Der bloc national charakterisiert sich also als eine Koalition von Parteien (nationalistische Rechte, kirchliche Rechte, gemäßigte Republikaner und in verschiedenen Fällen Radikale), die in jedem Wahlkreis eine Einheitsliste gebildet haben. Der Erfolg des bloc national 1919 erklärt sich demnach in der Hauptsache aus der Vergünstigung, die das Wahlrecht dieser Konzentration von Parteien gegenüber ihren zerstreuten Gegnern gegeben hat. Bei der nächsten Wahl wird sich diese Koalition erneuert bilden. Man kann daher sagen, daß sie bereits gebildet ist und daß sie, wie im Jahre 1919, die gemäßigten Republikaner und die radikalen Nationalisten umfaßt. Die Frage, die sich angesichts dieser Nationalisten aufstellt, ist, ob die Oppositionsparteien im Wahlkampf getrennt marschieren und dem bloc national das Monopol, das das Gesetz von 1919 ermöglicht, abermals überlassen.

Für uns Sozialisten heißt die Frage praktisch: Ob wir uns wagem, an einer Wahlkoalition teilzunehmen — wodurch wir ohnmächtig bleiben — und dem bloc national durch unser Verhalten den beträchtlichen taktischen Vorteil überlassen, aus der Minderheit der Stimmen im Lande die Mehrheit in der Kammer zu machen. Wenn wir bereit sind, mit anderen außerhalb des nationalen Blocks stehenden Parteien in eine Koalition einzutreten, heißt das natürlich auf unsere Spezialwählerlisten und auf unsere ganz einseitige sozialistische Führung des Wahlkampfes verzichten. Die Wahlkoalition nach unserem Gesetz kennzeichnet sich durch gemeinsame Listen. Die gemeinsamen Listen, die fatalerweise kein gemeinsames Pro-

gramm hinter sich haben, verlangen einen gemeinsamen Wahlkampf, in dem natürlich unsere Kandidaten riskieren, in ihrer rein sozialistischen Wahlsituation beengt zu sein. Der einzige Wahlgang, den das gegenwärtige Gesetz vorsieht, bringt uns also in eine Lage, in der wir ebendies häufig bei den Stichwahlen waren, die uns den Verzicht auf eine eigene Aktion zugunsten eines einzigen republikanischen Kandidaten auferlegt. Wir stehen vor der Alternative, entweder der geringfügigen politischen Reaktion ihren Wahlsort zu sichern, oder eine Schädigung der spezifischen Entwicklung unserer Partei zu riskieren.

1919 haben wir einstimmig zwischen den beiden Möglichkeiten gewählt und haben uns nach dem Antrag Brade gegen eine Wahlkoalition mit anderen Parteien ausgesprochen. Nunmehr haben wir uns anders entschieden. Wir haben wiederum einstimmig beschlossen, diesmal uns zu der Taktik zu bekennen, die den sicheren Sturz des blocc national zur Folge haben wird und demzufolge die Wahlkoalition mit anderen Parteien für zulässig erklärt ist. Trotzdem sind wir seit 1919 die gleichen geblieben. Wir sind die gleiche Partei als vor der Spaltung von Lour. Wir bleiben nach wie vor geschlossene und rücksichtslose Anhänger der sozialistischen Lehre.

Der Hauptgrund für die neue Taktik der sozialistischen Partei Frankreichs ist die Überzeugung, daß die französische Reaktion in gewisser Hinsicht die europäische Reaktion dirigiert, inspiriert und ermutigt, daß ein neuer Sieg der französischen Reaktion eine Konsolidierung der Reaktion der Welt nach sich ziehen wird. Wir sind überzeugt, daß ein neuer Sieg des blocc national ein vielleicht unüberwindliches Hindernis für die friedliche Organisation der Welt bedeutet.

Wir machen uns keine übertriebenen Vorstellungen über den Erfolg dieser neuen Taktik und von den möglichen Resultaten eines Sieges des „Kartells der Linken“. Vielleicht gibt es schwere Enttäuschungen, aber wir wollen nicht, daß man uns eines Tages vorwerfen könnte, durch doktrinaire Intransigenz und durch Parteigoismus auch die leiseste Chance, eine Aenderung des französischen Regiments herbeizuführen, unterlassen zu haben. Das Opfer, das wir damit bringen, gilt der internationalen Verständigung und dem Frieden!

Der Weg nach rechts.

Unter dem Druck der Schwerindustrie.

Das satomonische Urteil des Parteivorstandes der Deutschen Volkspartei hat selbstverständlich an den Gegenständen in der Partei der Ketten sprenger nicht das geringste geändert. Der schöne Selbstdruck, in dem die „Zeit“ die Rauschulosektion des Parteivorstandes zum Ausdruck bringt, hindert die „Nationalliberale Vereinigung“ nicht im geringsten daran, ihre Sonderorganisation, die der hohe Parteivorstand eben erst als untragbar erklärt hat, auszubauen. Die „Tel-Union“, die sich bereits ganz in den Dienst der neuen Gruppe zu stellen scheint, teilt mit, daß in der Hinderstraße ein Bureau eingerichtet sei. Es dürfte nicht bei dem Bureau bleiben. Die rechten Elemente wollen die Führung der Volkspartei bewußt terrorisieren. Der „Druck der Straße“ ist zwar verpönt, aber der Druck des Geldbützels, der Druck der Stimmesänner ist dafür um so selbstverständlicher. Wie immer bei allen Dingen, bei denen Stimmes irgend eine Hand im Spiele hat, hat auch diesmal die politische Regie nicht ganz geklappt. Dieser Mangel an politischer Regie hat aber Herrn Stimmes noch nie geschadet. Der erste Erfolg ist die Veröffentlichung der Resolution der völksparteilichen Reichstagsfraktion vom 12. Januar, die eine verkaufte und fauchschulartig beherrschbare Absage an die große Koalition darstellt. Man weiß zwar nicht recht, ob die Absage für immer oder nur vorübergehend gelten soll. Der rechte Flügel der Volkspartei sucht jedenfalls die Gelegenheit am Schopfe. Dr. Wildemeyer, einer der Oberwacher, läßt bereits durch die TL seine Befriedigung darüber erklären, daß „grundsätzlich die Entschliebung der Reichstagsfraktion

auch für die Stellung der deutschen Volkspartei im Wahlkampf für die Reichstagswahlen anerkannt worden sei“.

Die Volkspartei kommt unter dem Druck dieser Wähler aus ihrer Zwitterstellung nicht heraus. Sie möchte gern Staatspolitik betreiben, ihre klügeren Führer wissen ganz genau, daß nach deutschnationalen Rezepten nicht regiert werden kann. Streßmann hält die schönsten Reden darüber, daß mit Populäritäts-hocherei nichts zu erreichen ist — und doch muß aus Angst vor der Konkurrenz Populäritäts-hocherei getrieben werden. Das idiotische Schlagwort vom „Kampf gegen den Marxismus“, mit dem man vielleicht in Bugzhude oder auch in München o. d. Har Politik betreiben kann, muß unter dem Druck des Geldbützels der Schwerindustrie und unter dem Druck einer bewußt demagogischen Straßenagitation von den führenden Männern der sozusagen klassischen Partei des deutschen Bürgertums aufgenommen werden. Die Volkspartei richtet sich dadurch von selber. Nur wer in der Innen- und Außenpolitik auf lange Sicht arbeitet, wer den Mut hat, den Bedingungen und Schwierigkeiten der deutschen Politik offen ins Auge zu sehen, kann beanspruchen, ernst genommen zu werden. Die Verbeugung vor dem Bürgerblodgedanken mag in den Bierclubs bürgerlicher Burschenschaft populär sein. Klug und weitsichtig und noch viel mehr durchführbar ist sie deswegen noch lange nicht. Es wird sich ja bald zeigen, ob im Wahlkampf die Volkspartei dem Druck ihrer Geldgeber oder der politischen Einsicht folgen wird.

Der Landtagsabgeordnete Wiedemann ist aus der Deutschen Volkspartei ausgetreten und zur Deutschnationalen Volkspartei übergetreten.

Der Parteivorstand der Deutschen Volkspartei hat den Parteiauschuß für den 23. März nach Berlin einberufen.

Rechtsblock oder demokratischer Kurs?

Die Parteikonstellation im Wahlkampf.

Die Betrachtungen der bürgerlichen Presse über die Auflösung des Reichstages lassen die politische Konstellation im Wahlkampf erkennen. Die Rechte hofft auf den großen bürgerlichen Rechtsblock im neuen Reichstag, der die demokratische Verfassung abändern, eine auf neue internationale Konflikte hinweisende Außenpolitik betreiben und dem Fortschreiten der sozialen Entrechtung der Arbeiter Ruckhalt geben soll.

Die „Kreuzzeitung“ schreibt: Die Hauptsache ist, daß man den Grund des Übels erkannt hat, daß es nicht deutsches Wesen ist, was uns an den Abgrund des Verderbens gebracht hat, daß jüdischer und marxistischer Geist, Klassenkampf und Auspöterung Deutschland ruiniert haben, unser Nationalgefühl unterdrückt und die Revolution, die Quelle alles Übels vorbereiteten. Um aber hier Wandel zu schaffen, um einen Reichstag mit stark nationalem Einschlag zu erzielen, der stark genug ist, für dieses Ideal zu kämpfen, müssen wir eine starke einheitliche Front haben. Der künftige Reichstag wird entweder optionsfähig sein oder sich nach links, wie der bisherige, orientieren, wenn nicht eine starke Deutschnationalen Partei einzieht und das Steuer nach rechts wirft.

Noch deutlicher wird der „Lokalanzeiger“: Es wird sich darum handeln, auf dem legalen Wege aus der alle Kräfte lähmenden westlichen Formaldemokratie Weimarer Brägung herauszukommen, um wieder aufzubauen zu können und um die Kräfte für die außenpolitischen Aufgaben frei zu haben. Nur eine starke Rechte im kommenden Reichstag wird das ermöglichen. In der Deutschen Volkspartei hat das Drängen der Stimmes-Gruppe den Erfolg gehabt, daß Parteileitung und Fraktion eifrig verfahren, daß sie den Kampf um den geschlossenen Rechtsblock gegen die Sozialdemokratie führen würden. So muß sich die „Zeit“, das Organ der Streßmannrichtung, darauf beschränken, die offiziellen Parteibeschlüsse über die nach rechts gehende Kursbestimmung mitzutellen und statt einer eigenen Meinung die nichtsagende Behauptung aufzustellen, daß das Sanierungswort der Regierung Marx „beste Staatspolitik“ sei:

Wenn das Sanierungswort von den Sozialdemokraten als „soziale Reaktion“ bezeichnet, auf der anderen Seite immer noch marxistisch befunden wird, so beweist das am besten, daß die richtige Mitte gehalten worden ist.

Diesem Drängen zum Rechtsblock gegenüber verhält sich das Zentrumsorgan, die „Germania“, sehr reserviert:

„Alle anderen Interessen, auch solche höherer Art, müssen vor den dringenden Lebensfragen der Nation zurücktreten. Der neue Reichstag muß eine arbeitsfähige Mehrheit aufweisen und stark genug sein, um die zerstörenden Einflüsse des rechten und linken Radikalismus niederzubehalten.“

Im „Berliner Tageblatt“ tritt dagegen Erich Dombrowski entschieden für den Kampf um eine kommende große Koalition der Mitte ein:

„Über das eine Ziel kristallisiert sich auf allen rechten Flügeln der bürgerlichen Parteien, soweit sie nicht zur Linken zählen, doch schon klar heraus: Die Vorbereitung eines Rechtsblocks, der von den Deutschnationalen über die Volkspartei bis zum Zentrum reicht und der dann, wenn er keine absolute Mehrheit auf sich vereinigen sollte, sich Sukkurs von den Deutschholländischen auf der einen oder von den Demokraten auf der anderen Seite zu holen hätte. Eine solche Entwicklung, die das deutsche Volk, wie in den Zeiten des kaiserlichen Regimes, in zwei völlig getrennte Lager: die Bürgerliche und Sozialdemokratische trennen würde, müßten wir für verhängnisvoll halten. Alle, die auf demokratisch-republikanischen Boden stehen, welcher Partei sie auch angehören mögen, haben aus innen- und außenpolitischen Gründen alles Interesse daran, eine solche Konstellation zu verhindern. Unseres Erachtens müssen die bürgerlichen Mittelparteien auf die Wiederherstellung einer arbeitsfähigen, großen Koalition hinarbeiten, die wieder die Sozialdemokratie zu verantwortlicher Mitarbeiter heranzieht. Sie allein gewährleistet eine feste, organische Fortentwicklung der deutschen Politik. Sie allein gibt auch dem Auslande, auf dessen moralischen und finanziellen Kredit wir für lange Zeit angewiesen sind, die Garantie für den weiteren Wiederaufbau des deutschen Reiches und der deutschen Volkswirtschaft.“

Es ist selbstverständlich, daß im Wahlkampf die Extremen, die jede feste Grundlage der inneren und äußeren Politik und die Verfassung zerbrechen wollen, abgemehrt werden. Das ist das gemeinsame Interesse der Sozialdemokratie mit den bürgerlichen Mittelparteien. Aber es geht im Wahlkampf nicht nur um die Abwehr der Extremen. Die Sozialdemokratie hat mit den bürgerlichen Mittelparteien ebenso abzurechnen, die unter dem Drängen ihrer rechten Flügel eine gelunde und tragfähige Linkscoalition in Deutschland verbindet und den Vormarsch der Reaktion erstickt haben. Das gilt für das Zentrum wie für die Demokraten. Die Sozialdemokratie führt deshalb den Wahlkampf in voller Freiheit um den sachlichen Inhalt — vor allem um den sozialen Inhalt — der künftigen deutschen Politik, und an den bürgerlichen Mittelparteien ist es, durch einflussreiche Bekämpfung der sozialreaktionären Tendenzen, der nach rechts drängenden Flügel in ihren Reihen die tragfähige Grundlage für eine künftige demokratisch-republikanische Regierung zu schaffen.

Die Erneuerung der Ricum-Verträge.

Düsseldorf, 14. März. (Eigener Drahtbericht.) Von französischer Seite verlautet, daß die Regierung Poincaré durchaus geneigt ist, die Ricum-Verträge durch gleichartige Reparationsfachverträge-Bereinigungen von Regierung zu Regierung zu erneuern. Allerdings besteht sie auf Aufrechterhaltung der Ricum-Organisation als Kontrollinstanz für die Überwachung und Ausführung der eventuell abzuschließenden Regierungsvereinbarung über die industriellen Sachlieferungen. Solange entsprechende Regierungs-sachlieferungsvereinbarungen nicht endgültig abgeschlossen sind, sollten die Ricum-Verträge in Kraft bleiben.

Der Sachverständigenbericht wird vom Unter Ausschuß beruht ausgearbeitet. Dr. Schacht war gestern noch in Paris.

Der neue deutsche Gesandte in Brüssel, Genosse Landsbergs Nachfolger, v. Keller hat sein Amt angetreten.

Danzig und Sowjetrußland. Der Danziger Volkstag hat zwei Entwürfe, betreffend die politische Anerkennung Sowjetrußlands sowie über die Anbahnung von Handelsbeziehungen mit Rußland mit großer Mehrheit angenommen.

Die letzte Nickelmünze.

Von Arturo Giovannitti

1.
Rast, stumm, taubendäugig, frostig wie tote Dinge, wortlos, mit dem Schweigen der Ewigkeit, sternendurchzittert war die Nacht, die heilige Nacht meines Erwachens und meiner Verzweiflung.

Ich stand vor dem gleichenden Schaufenster der Juwelenhandlung. Erstarre Tränen der Schande, des Schmerzes, der Wut, erstarre Tropfen gemordeten Blutes, erstarre Östropfen: Perlen, Rubinen, Smaragde, glitzernd, zwinkernd, boshast wie der erste Aufbruch zum Blumenfest, wie das Grinsen des Todfeindes, wie das gelbe Schielen wollüstiger Blide in tränenfeuchte Augen.

Ich hatte sie heute zum erstenmal geküßt, vielleicht zum ewigen Bund, vielleicht aber zum ewigen Abschied; deshalb blühte ich nicht in das höllenerleuchtete Fenster, denn ich dachte nach.

Ich dachte an ihre großen, geweiteten, vielschreibenden, angstvollen Augen, die gleich dem phosphoreszierenden Nebel der Träume im Dunkel des Nictosfernenhochs verglommen.

Dachte an die Stube, in der sie nun steht, mit staunenden Augen; sah das Haar löst, dachte an das arme, jungfräuliche Weib neben dem Luftloch, in dem sie heute die ganze Nacht an mich denken wird.

Das unaussprechliche Weinen des kranken Kindes im oberen Stockwerk, den eintönigen Rhythmus der Wiege, geschaukelt von einer schwachen, übermüdeten Hand.

Das schwache Schnarchen des Mannes im unteren Stockwerk, unheimlich wie das Röcheln Sterbender.

Die leisen, vorsichtigen Schritte des spät helmkehrenden Mädchens, rauhe Flüche und ersticktes Weinen.

Den schmutzigen, mit Schlägen vermischten Streit des betrunkenen Ehepaares, der durch die dünne Wand dringt.

Das leise Echo meiner gitternden Abschiedsworte und den Ton ihres eigenen Seufzerns.

Und ich dachte auch an das rote Band, das sie so viele Wochen getragen, seitdem ich sie kenne, und an die abgedrückte Stufe an der Türschwelle und an meine letzte Nickelmünze, die mir teuer ist als alle Juwelen in dem höllischen Schaufenster und die ich nun fortwerfen will als großes, stammes Opfer meiner Liebe zu ihr.

II.

Doch als ich eben die Münze fortwerfen wollte mit dem Ritus des Priesters, der das Opfer auf den Brandaltar legt, nahen sich mir zwei Männer, zwei Schatten im Lichte der Juwelen.

Der eine sprach: „Ich habe seit zwei Tagen nichts gegessen. Niemand will es mir glauben, und glauben auch Sie mir nicht, so muß ich sterben. Geben Sie mir einen Nidel im Ramen Jesu und der Frau, die Sie lieben, und ich will zu Gott für Ihr Glück und Ihr Seelenheil beten.“

Ich sah ihn an. In seinen Augen, dort, wo die Pupillen gewesen, erblickte ich die gelben Fingerabdrücke des Hungers.

Der zweite sprach: „Ich weiß, daß ich betrunken bin, doch ich will noch mehr trinken.“

„Geben Sie mir den Nidel, und ich will auf Ihre Gesundheit und Ihr Glück trinken.“

Und ich sah auch ihn an und erblickte seine Augen; und dort, wo Sonnenlicht gewesen, sah ich die verglimmenden Aschenreste seiner Seele.

Doch weder in den Augen des ersten noch in denen des zweiten sah ich den wilden Glanz der Juwelen, die im Schaufenster lagen. Welche wollten meine Nickelmünze, meine einzige, meine letzte, meine armfertige, vom Belasten abgenutzte Nickelmünze, die da war ein Stück Brot, ein Glas Schnaps — weiter nichts.

III.

In meinen Ohren klaperte die Stimme des Teufels, der im schimmernden Schaufenster hauste, des Teufels, der alle bösen Feuer der Erde entzündet: „Sieh, du, der du nur eine einzige Nickelmünze besitzest, bist Herr über Leben und Tod geworden, vermagst das Schicksal zu bestimmen. Doch kannst du, dem Salomos Weisheit fehlt, nur einen Menschen zufriedenstellen. Weichem der beiden du auch immer das Gold gibst, nicht wissend, ob er wahrhaft hungrig sei oder wahrhaft des Trinkens bedürftig, stets wird deine Gabe die Ungerechtigkeit der Welt verurlichen mehren. Wirf die Nickelmünze fort, wie es dich verlangt, der Beklebten willen, erbaue auf ihre einen kleinen Hügel des Glücks und nicht einen Berg des Hochmutes.“

Ich dachte an die Fabrik, in der sie sich morgen wieder plagen wird.

Und der Engel in mir sprach: „Gib das Geld dem Hungrigen. Stünde er neben dir, du würdest es ihm geben. Was kannst du aus Liebe zu ihr heute Nacht Besseres tun? Gib es ihm, und er wird leben, weil er essen kann, und auch der andere wird nicht sterben, weil er nicht den letzten Hitzelisch leert. So wirst du zwei Menschen retten.“

Aber der Teufel in mir sprach: „Vergiß nicht, was in alten Zeiten gesagt ward: wir haben im Brot, und Ihr gibt uns einen Stein. Damals begriffen sie nicht das Symbol, begreifen es auch heute nicht. Sie wissen ja nicht, was sie mit einem Stein tun sollen, mit einem guten, harten Stein, der weiter ginke als ihr Hunger, ihr Durst und ihr Mut. Halte keine müßigen Predigten, sondern gib die Nickelmünze dem Betrunkenen. Er wird an Delirium sterben und der andere an Hunger. So wirst du zwei Bestien töten.“

Ich sah das boshafte Funkeln, das Schillern und Höhnen der Diamanten, der Perlen, der Rubine und Smaragden in dem höllenerleuchteten Fenster und sah in den Augen der Männer nichts als die fiebernde Wut nach meiner Nickelmünze, meiner einzigen, meiner letzten, meiner armfertigen, vom Belasten abgenutzten Nickelmünze.

Und ich gab sie einem der beiden.

Jam 70. Geburtstag Ehrlichs und Behrings. Am 14. März wäre Paul Ehrlich 70 Jahre gemortet. Was er geleistet hat, ist so tief in das allgemeine Bewußtsein gedrungen, daß heute nicht nur das Bedauern über seinen in bester Schaffenskraft erfolgigen Tod, daß auch das Bewußtsein überall lebendig ist, keine Wissenschaft habe als höchste Aufgabe die würdige Bewahrung und Mehrung seines Erbes. In diesem Tage fand im Frankfurter Georg Spener-Haus, dessen Institut für experimentelle Therapie Ehrlich geleitet hat, eine Gedächtnisfeier statt und gleichzeitig wurden im erweiterten Institut des Paul-Ehrlich-Zimmer eingeweiht. — Auf den 15. März fällt der 70. Geburtstag Emil Behrings. Dankbar erinnert sich aus diesem Anlaß nicht nur die Wissenschaft an einen Forscher, der einer der größten Wohltäter der Menschheit geworden ist. Prof. Doh kann in der „Deutschen Medizinischen Wochenschrift“ eine aus dem Behringischen Institut in Marburg hervorgegangene Untersuchung veröffentlichen, die den Erfolg seiner aktiven Schutzimpfung gegen Diphtherie schildert, mit jenem Serum, das jetzt unzählige menschliche Leben rettet und auch im Auslande, besonders in Nordamerika, wachsende Anerkennung findet. Dem großen Wert des Tetanus-Serums hat der letzte Krieg recht kennen gelehrt. Die Worte Behrings scheinen heute fast verwirklicht, in denen er die Hoffnung aussprach, daß in nicht zu ferner Zeit die Diphtherie in ähnlicher Weise wie die Pockenkrankheit ausstirben wird, eine Volkskrankheit zu sein.

Neuordnung des Berliner Ausstellungswesens. Den gemeinschaftlichen Bemühungen der preussischen Kunstverwaltung und der Berliner Künstlerchaft ist es jetzt gelungen, eine Form zu finden, um die vielen einzelnen Organisationen zu gemeinsamer Arbeit am Lehrter Bahnhof zu vereinigen: die Große Berliner Kunstausstellung werden in Zukunft der Verein Berliner Künstler, die Berliner Sezession, die Freie Sezession, die November-Gruppe, der Bund Deutscher Architekten und der Verein bildender Künstler (die „Juryfreien“) gemeinsam veranstalten. Geplant sind in jedem Jahre zwei zeitlich voneinander getrennte Veranstaltungen, und zwar: 1. eine auf wenige Säle beschränkte Quasitätsausstellung, 2. eine nach Schluß dieser Quasitätsausstellung stattfindende allgemeine Verkaufsausstellung an Stelle der bisherigen „Juryfreien“. Da die als zweite Veranstaltung gedachte Verkaufsausstellung juristisch ist und die bisherige „Juryfreie“ als „Verein bildender Künstler“ an der Großen Berliner Kunstausstellung beteiligt ist, kommt für die Zukunft die Juryfreie Kunstschau in Berlin. Die ausschließliche Aufgabe dieser bisher so verdienstvollen Veranstaltung, unbekanntem Talenten, denen der Weg in die Öffentlichkeit versperrt ist, diesen Weg freizumachen, übernimmt jetzt die Verkaufsabteilung dadurch, daß ihre Einladungen nicht juriziert werden.

Theaterkandal in Keldersberg. In der Aufführung der Beamtensatire „Der Rat“ von Robert Schu. Bieri kam es im Keldersberger Stadttheater zu großen Unannehmlichkeiten, die von den Deutschnationalen wegen eines kritischen Robert Schu. veranstaltet wurden. Die Ständele nahmen einen beratigen Anlauf an, daß die Vorstellung frühzeitig abgebrochen werden mußte.

Kündigung von Braunföhlenlogern in Polen. In der Gegend von Sosnowice ist man, wie der Ost-Express meldet, in einer Tiefe von 20 m auf umfangreiche hochwertige Braunföhlenlager von 1,15 m Stärke gestoßen.

Mit blauer Brille in Bayern.

Wie Hindström-Ludendorff Obdach fand.

Der Held, der einst mit blauer Brille bewaffnet, vor der Liebe des Volkes nach Schweden floh, tritt im Hitler-Prozess mit Vorwürfen gegen das „ultramontane“ Bayern auf. Stolz wie es dem Spaziergänger ziemt, erklärt er, daß er nur aus familiären Gründen nach Bayern gekommen sei, denn: „Ich konnte hingehen, wohin ich wollte!“

Rund sind seine Widersacher so boshaft, allerhand aus der Schule zu plaudern. So schreibt jemand dem „Miesbacher Anzeiger“, der sich zu einem Ehrhardt-Anzeiger zu entwickeln scheint:

Herr General Ludendorff hat wiederholt das Wort von der Gastfreundschaft, die er in Bayern genießt, zurückgewiesen. Zu dem, was bisher schon hierzu gesagt worden ist, wollen wir noch Nachtrahendes hinzufügen. Unsere Kenntnis stammt aus jener Zeit, wo der Herr General nach Bayern stückelte, was er heute nicht mehr wissen will... Es war ein Tag unmittelbar nach dem Rapp-Putsch im März 1920. Die Zeitung der bayerischen Einwohnerwehr (März 1920) hatte eine Sitzung. Da ließ ein Herr Herr Oberforstrat Escherich herausrufen, und gleich darauf wurde der zweite Vorsitzende der Einwohnerwehr, Herr Obergemeinderat Ranzler, herausgeholt. Der Herr stellte sich unter Ihren Schutz — es war Herr General Ludendorff. Er wurde dann unter Umfahrung von Rosenheim per Auto auf ein Schloss südlich von Rosenheim gebracht: Neubauern. Er reiste unter einem angenommenen Namen. Selbst der Besitzerin des Schlosses wurde er nur unter diesem Namen vorgestellt. Ludendorff kam vom mitgeschickten Rapp-Putsch aus Berlin. Ein Gendarm erkannte Ludendorff auf einem Spaziergang. Da nun die Sicherheit auf dem Schlosse Neubauern nicht mehr gegeben war, wurde er mittels Auto in die abseits gelegene Villa eines Herrn v. H. in der Gemeinde Stefanskirchen gebracht. Auf Befragen, warum er denn eigentlich geflüchtet sei, nachdem doch gegen ihn kein Haftbefehl vorlag, antwortete Ludendorff, er habe gefürchtet, daß dies nachträglich noch geschehen würde und daß er im Gefängnis seines Lebens nicht sicher sein würde.

Der „große Feldherr“, der von allen Rappisten und Hitleristen noch immer als der „Chef der Heeresleitung“ betrachtet wird, floh zum zweiten Male vor der Liebe seines Volkes, nachdem er zufällig seinen Spaziergang in Generalsuniform hinter sich hatte. Auch beim Hitler-Putsch will er jetzt wieder nicht dabei gewesen sein. Wahrhaftig, ein Mann, der wert ist, in der Geschichte fortzuleben als der Typus eines mannhaften Reden, der rechtzeitig zu rücken versteht.

Graefe-Logik.

Der Oberdemogog der Deutschvölkischen müht sich in einer Zuschrift an den „Log“ ab, die Stellung seiner Partei als gleichzeitige Links- und Rechtspartei klarzumachen für die rechte Hand und die linke Hand in seiner Partei. Dieser Versuch zitiert folgende logische Leistung:

„In der gleichen Weise verurteile ich es, wenn man heute, wo wir, ein Elanvolles, an allen Gliedern gefesselt sind, Verfassungskritik in unsere Reihen tragen will. Erst muß das deutsche Volk frei sein vom Schandvertrage von Versailles, von der Herrschaft des jüdisch-internationalen Weltkapitals und des jüdischen Geistes, vom Klassenhass des Marxismus und manchem Ständesdünkel, und endlich vom Unfug des heutigen Parlamentarismus! Dann, aber wirklich erst dann, mögen sich die Geister nach Verfassungsprogramm wieder scheiden.“

Der Parlamentarismus gehet für Herrn Graefe nicht zur Verfassung! Er weiß ihn aber zu schätzen. Fünf Minuten vor der Auflösung des Reichstags sprach er im Reichstag gegen die Auflösung, für die Verlängerung der Lebensdauer des Reichstags. Die parlamentarische Kamunität liebte er und seine Freunde sehr — wenn sie auch sonst weidlich über den „Unfug“ des Parlamentarismus schimpfen.

Die Scheinwissenschaft der Materialisations-Erscheinungen. Prof. von Schrenck-Rohring, der Münchener Schutzpatron der Medien, hat längst wiederum sein Werk über „Materialisations-Phänomene“ der Wissenschaft vorgelegt. Leider enthält auch diese Auflage noch die Anwendung wissenschaftlich einwandfreier Methoden bei Untersuchungen von Medien. Dabei hat der Giesener Professor A. Sommer schon vor drei Jahren dargelegt, daß eine einwandfreie Entscheidung über die Frage der den Medien zugeschriebenen Materialisationen sich nur treffen läßt, wenn man die sämtlichen Bewegungen der Arme und Beine, möglicherweise auch des Kopfes und der Lippen, unter die Kontrolle einer automatischen Registrierung stellt, ohne damit die Ausführung beliebiger Bewegungen des Mediums irgendwie zu hemmen. Grundfalsch ist es ja zweifellos, daß die optischen Eindrücke, die besonders bei mediumpolitischen Sitzungen für das Urteil vieler Beteiligten den Ausschlag geben, durch objektive Registrierung der Bewegungen des Mediums ergänzt werden müssen. Schrenck-Rohring hat bereits mit dem Liebergang von der einfachen zur Stereostop-Photographie einen Schritt vorwärts zur Objektivität getan. Aber die jüngsten Enttarnungen seiner Medien zeigen ja, wie weit offenbar immer noch seine Methode hinter den Wirklichkeiten zurückgeblieben ist. Sommer kommt daher in der „Deutschen Medizinischen Wochenschrift“ auf Grund der neuen Auflage des Buchs immer wieder zu dem Schluß, daß das Verfahren von wissenschaftlichen Standpunkt durchaus beanstandet werden muß und erklärt dieses Buch kurzerhand für nichts anderes als Scheinwissenschaft.

Neuanschaffungen finden Sonntag 9½ Uhr durch Direktionsbeamte im neuen Museum „Schloß im 1. Viertel“ vor Christi“ (Dr. W. Bieder), im Keller-Riedrich-Kollegium „Germanische Altertümer“ (Prof. Baur) und im alten Kunstgewerbe-Museum „Germanische Altertümer“ (Prof. Götze) statt.

Bläser-Orchester. Am Sonntag, dem 16., abends 8 Uhr, veranstaltet das Berliner Symphonie-Orchester im Viktoria-Saal einen Richard-Wagner-Abend unter Leitung von Camillo Hilferbrand. Das Programm enthält u. a. 1. Akt „Walküre“ mit Margarete Schaber-Sollner, Kammeränger Dr. Oscar Holz (Statist) und Ernst Lehmann (Statist). Eintritt 1 Mk.

Einem Verno-Holy-Abend veranstaltet die gemeinnützige Vereinigung „Berliner Abende“ (Leitung Alfred Böhler, Mäder Vorzugsbühne des Verno) am 17. März, abends 8 Uhr, in der Singakademie. Alle Geder bildet aus dem Manuskript der Neuauflage des Gesamtwerkes „Phantasia“, „Waldsiedel“ und „Trio-Septett“.

Tollers „Hinkemann“ in Berlin. Am 4. April 1924 findet im Refektorium unter der Gastspielleitung Erwin Berger die Berliner Uraufführung von Tollers „Hinkemann“ statt. Dekorationen: Cesar Klein. Regie: Emil Lind.

Ansatzung von Ede und Hut. Ein neues Gesetz in Frankreich bestimmt, daß an der südlichen Küste eine Restriktion einrichtet werden soll, die durch Ede und Hut bedingt wird. Um eine gleichmäßige Verteilung des elektrischen Stroms zu ermöglichen, wird die Anlage mit einem geschlossenen Wasserwerk verbunden. Die Leistung dieses neuartigen Kraftwerkes wird 75-1200 PS betragen, je nach dem Stande des Wassers.

Der türkische Staatsvertrag. Durch ein Dekret hat die Türkei den Vertrag für den offiziellen Staatsvertrag der Woche erklärt. Um diesem Gebot Nachdruck zu verleihen, wurde bestimmt, daß alle Schulen der Türkei ohne Unterschied der Konfession am Freitag geschlossen bleiben müssen. Gleichzeitig wurde angeordnet, daß aus allen Schulen religiöse Schandbilder entfernt werden müssen.

Die Koffbach-Feme.

Leipzig, 14. März. (Eigener Drahtbericht.) Der dritte Verhandlungstag beschäftigt sich mit den 6 Angeklagten, die sich der Begünstigung dadurch schuldig gemacht haben, daß sie die an der Ermordung Radoms beteiligten Angeklagten Höß und Jurisch aufgenommen bzw. weiterbegünstigt haben. Zunächst wurde der Angeklagte Fricke vernommen, ein blutjunger Mensch mit intelligentem und fast sympathischem Gesichtsausdruck. Er bezeichnet sich stolz als den Führer der dortigen völkischen Jugendbewegung, die er auf „unparteiischer Grundlage aufbaute“. Er hat Höß und Jurisch zu Leutnant Hoffmann auf Post bei Bismar mit einem verschlossenen Brief geschickt, daß beide

„auf seinen Befehl Radom beschießen“

hätten und unterzubringen seien. Der Brief sollte mit diesem Vermerk sofort verbrannt werden. Es ist jedoch später beschlagnahmt worden. Fricke erklärt, er habe diesen Sachverhalt überlesen, denn nur indem er die Tat Hoffmann gegenüber auf sich nahm, hatte er die Beweiskraft, daß letzterer für den Ueberbringer des Briefes bestimmt sorgen würde. Er selbst habe jedoch die Tat als eine „grenzenlose Schmeichelei“ bezeichnet. Der Vorsitzende weist darauf hin, daß der Verdacht bestehe, daß

bei der Koffbach-Organisation eine Feme existiere.

Er betont, Jurisch habe in der Unternehmung ausgeholfen, Fricke habe ihm schwere Vorwürfe deshalb gemacht, weil die Tat so ungeschickt und mit so zahlreichen Beteiligten ausgeführt worden sei. Fricke bestreitet eine solche Anschuldigung.

Rechtsanwalt Dr. Saß weist darauf hin, daß dieser Fricke zugeschriebene Sach im „Vorwärts“ gestanden habe. Es scheint, daß Jurisch auf der „Vorwärts“-Redaktion systematisch dahin beeinflusst worden sei, Angaben über eine solche Feme zu machen.

Beifolger Dr. Herchel beantragt, den Zeugen Schiff nochmals darüber zu befragen.

Schiff bekundet, daß, abgesehen von Andeutungen über „Rollemission“ und „schwarze Listen“, die nicht von Jurisch, sondern von seinem Berater Deth gemacht worden waren, Jurisch selbst an dem ersten Abend auf der Redaktion des „Vorwärts“ von Feme nicht gesprochen habe und darüber gar nicht gefragt worden sei.

Dagegen habe Jurisch nach seiner Festnahme auf dem Polizeipräsidium in einer Unterredung, an der nur die zugezogenen Rechtsanwält Dr. Paul Benj und Horowitz sowie Schiff teilnahmen, erklärt, Fricke habe sich dahin geäußert, das habe ihr sehr ungeschickt gemacht.

Wenn ihr länger in der Dramisation wäret, dann würdet ihr wissen, wie man so etwas tut. Zwei Mann grüßen, um den Befestenden im Walde zu erledigen. Ich wollte Höß zum Truppenführer befördern, nachdem er aber die Sache so schlecht eingefädelt hat, werde ich es nicht tun.

Nun daraus erklärt Rechtsanwalt Dr. Saß er wolle an Jurisch eine Frage stellen bezüglich seines Besuches im „Vorwärts“. Er beantragt aber, daß der Zeuge Schiff sich währenddessen aus dem Saale entferne. Beifolger Wolfgang Heine widerpricht dem. Ein solcher Antrag sei laut Strafprozedurordnung unzulässig, es sei denn, daß (besondere) Gründe dazu vorliegen würden. Saß begründet dann seinen Antrag mit der Vermutung, daß Jurisch in Gegenwart des Schiff anders aussagen könnte als in seiner Abwesenheit. (1)

Thüringer Reaktion.

Sämtliche Republikaner werden abgebaut.

Der Mißbrauch der Macht durch die jetzt in Thüringen am Ruder befindlichen Parteien des Ordnungsblocks muß der deutschen Arbeiterschaft als Warnzeichen dafür dienen, wozu es führt, wenn bei den kommenden Reichstagswahlen die Rechtsparteien ebenfalls einen Sieg erringen. Als die Regierung des Ordnungsblocks vor wenigen Wochen ihr Programm veröffentlichte, erklärte sie, nicht einseitige Parteiwirtschaft treiben, sondern die Interessen aller Bevölkerungsschichten berücksichtigen zu wollen. Mehrfach haben wir bereits darauf hingewiesen, daß dieser Grundgedanke schon 24 Stunden später praktisch in das Gegenteil verandelt wurde. Was sich aber inzwischen ereignet hat, läßt nicht den geringsten Zweifel mehr darüber, daß die jetzt in Thüringen betriebene Parteiwirtschaft mit der schlimmsten Zeit des wilhelminischen Absolutismus kaum noch zu vergleichen ist. In kaum 14 Tagen wurden nahezu alle sozialdemokratischen Beamten in den Ministerien vom Ministerialdirektor bis zum Hilfsarbeiter abgebaut. Die Zugehörigkeit zu einer freien Gewerkschaft und die Mitgliedschaft zur Sozialdemokratie bildete überall willkommenen Anlaß, die Republikaner aus dem Amt zu entfernen und an ihre Stelle Monarchisten zu setzen. Unter anderem wurde auch ein Beamter mit demokratischer Einstellung aus dem Staatsdienst entfernt, weil er dem „Berliner Tageblatt“ mehrfach wahrheitsgetreue Berichte über die Lage in Thüringen und über den Ordnungsblock übermittelt hatte. Er ist nicht der einzige Demokrat, der das Opfer seiner Besinnung unter Mitwirkung der demokratischen Partei geworden ist. Mit ihm wurden andere befähigte Demokraten entlassen und an ihre Stelle unfähige Monarchisten gesetzt. Die thüringische Regierung ist also vollkommen der Höhe überführt. Sie benutzt ihre Macht nicht, um die allgemeinen Interessen zu vertreten, sondern mißbraucht sie zur einseitigen Parteiwirtschaft; sie spart nicht, wie es in ihrem Programm hieß, sondern vergeudet Staatsmittel durch Entlassung pensionsberechtigter und Anstellung neuer Beamter. In den aller-nächsten Tagen werden wir für diese Behauptungen den zahlenmäßigen Beweis liefern. Machtlos steht die thüringische Arbeiterschaft diesem Treiben gegenüber und machtlos wird die Arbeiterschaft bei der Reaktion im Reich gegenüberstehen, wenn die Rechtsparteien bei den kommenden Wahlen tatsächlich verstärkt in den Reichstag zurückkehren.

Der Thüringische Pressedienst wird, wie es in schönem Amtsdeutsch heißt, „zur Erzielung notwendiger Ersparnisse im Staatshaushalt eine wesentliche Umgestaltung und Einschränkung erfahren“. Die bisherigen Beamten werden beurlaubt werden. Die Presseangelegenheiten werden künftig von einem Beamten der Präsidialabteilung bearbeitet. Der Ordnungsblock baut halt auf.

Siedlungsfragen.

Der Siedlungsausschuß des Freigehenden Landtags legte die allgemeine Aussprache über Siedlungsfragen fort. Von der Deutschen Volkspartei wurde hervorgehoben, daß eine gesunde Mischung zwischen Groß- und Kleindeßheit hergestellt werden müsse, und daß aus nationalen Gründen im Osten eine bäuerliche Bevölkerung anzufördern sei. Allgemein wurde zum Ausdruck gebracht, daß bei der Kultivierung der Moore und Wälder die schlechte Finanzlage des Staates nicht hindern sollte. Gemeinnützigen Siedlungsgesellschaften und Gemeinden soll Bauholz zu angemessenen Preisen zur Verfügung gestellt werden. Die Bautätigkeit sei überall zu fördern.

Nach einigem Hin und Her fragt der Vorsitzende den Zeugen Schiff, ob er bereit wäre, freiwillig den Saal zu verlassen, was letzterer mit dem Wort „selbstverständlich“ beantwortet.

Darauf wird der Untersuchungsrichter Dr. Richter abermals vernommen.

In der Nachmittagsitzung wurden vornehmlich die wegen Begünstigung des Mordes Angeklagten vernommen. Fast jeder verteidigt sich hinter dem anderen und bewahrt in seinen Aussagen äußerste Zurückhaltung. Von dem Mord wollen sie höchstens Andeutungen erfahren haben. Zuerst wird Jenz noch einmal verhört. Er erzählt, daß er es nach der Befanngabe des Mordes mit der Angst bekommen habe und sich im Bureau der Deutschvölkischen Freiheitspartei von Leutnant von Madenen und Wulfsre Kat geholt habe. Wulfsre habe ihm falsche Papiere ausgehändigt. Auf die Frage des Vorsitzenden, ob Madenen von seiner Beteiligung an dem Mord gemußt habe, gibt er ungenaue Auskunft.

Der nunmehr verhörtc Angeklagte Thompson, der in Neubauern als Abteilungsleiter der Koffbach-Arbeitsgemeinschaft tätig war, schildert, daß er von Leutnant Hoffmann zwei Deute zugewiesen erhalten hat, die was ausgefressen hatten. Was sie auf dem Gewissen hatten, wollte Hoffmann nicht sagen. Er hat die Antömmlinge mit Handschlag und den Worten begrußt:

Na, hoffentlich habt Ihr es veranlaßt gemacht.

Auf die ersuchte Frage des Vorsitzenden erklärt er, er habe vernommen, die Leute wären aus dem Ruhrgebiet gekommen und seien an der verführten Befreiung Schlägers beteiligt gewesen. Er leugnet die Beschuldigung Jurischs ab, daß er gesagt habe: „Habt Ihr den Radom eingegraben? Von einem Mord sei gar nicht die Rede gewesen.“

Der Angeklagte Wulfsre ist Sekretär des Vereins für landwirtschaftliche Berufsausbildung. Er hat Jenz angeblich in der Annahme falsche Papiere ausgehändigt, daß Jenz sie bei seiner Stellung auf der Polizei in Bismar brauchte. Nach Verständigung mit Madenen hat er

Jurisch 30 000 Mark aus der Parteikasse ausgehändigt.

Jurisch hat erzählt, er sei in die Affäre Radom verwickelt.

Madenen, 31-Jahre alt, ist führendes Mitglied der Deutschvölkischen Freiheitspartei und findet als Propagandist und Mitglied des Landesvorstandes in Koffach sein Auskommen. Er hat Jurisprudenz studiert, aber wenig davon behalten, wie seine naive Auffassung über die Mordtat bekundet.

Als letzter Angeklagter wird Ludwig Richter, ein 23-jähriger Kaufmann, der als Defektist für Koffbach tätig ist, verhört. Er wohnt in der Villa Koffbachs in Wannsee-Berlin, hat dort den Jurisch getroffen und ihn weitergeholfen. Er will von Jurisch von einer Schlägerei, nicht aber von der Ermordung Radoms gehört haben. Er erzählt im Laufe seiner Vernehmung von verschiedenen blutigen Streitigkeiten, die in Bismar vorgelommen sind. Auf die Frage des Verteidigers Dr. Schröder gibt Regierungsrat Ritter Auskunft über die vernommenen Angeklagten. Er sagt nichts Besondere über sie, nur daß Fricke aufschreibe. Madenen aber immer gebremst habe. Ferner erzählt er, daß in Bismar die Gegensätze zwischen Kommunisten und Deutschvölkischen so stark gewesen seien, daß die Polizei nicht imstande war, Ruhe und Ordnung aufrechtzuerhalten. Die Angehörigen der beiden Parteien hätten sich mit Waffen versehen. Damit war die Beweisaufnahme geschlossen.

Die Verteidiger werden am Sonntag mit ihren Paragons beginnen.

Memel / Polen / Deutschland.

Beschlüsse des Völkerbundesrats.

Genf, 14. März. (Eigener Drahtbericht.) Der Völkerbundesrat hat am Freitag die Memelkonvention angenommen, obgleich der Vertreter Polens sich gegen die Konvention erklärt hatte, die den wirtschaftlichen und nationalen Interessen Polens nicht gerecht werde. Die Änderungen, die von der Memelabordnung gewünscht wurden, blieben unberücksichtigt. Die Konvention stellt für das Memelland ein Minimum an Rechten dar, die innerhalb der Versailles Bestimmungen noch zu erreichen waren.

Anschließend behandelte der Rat den Bericht über die deutsch-polnischen Minderheitsverhandlungen. Auf Vorschlag Lord Parmoors, England wurde eine Entschleunigung angenommen, daß die Verhandlung über die Auslegung des Artikels IV des Minderheitsvertrages zwischen Deutschland und Polen fortzusetzen sein. Auch jede neue Frage, die von einer der beiden Parteien erhoben werde, sei mit in die Verhandlung einzubringen. Falls bis zum 1. Juni 1924 eine Einigung nicht erzielt sei, solle der Leiter des oberösterreichischen Schiedsgerichtshofes als Schiedsrichter auftreten.

Vormundchaftliche Obsole für Danzig.

Genf, 14. März. (U.) Im Völkerbund fand heute vor- und nachmittags eine ausgiebige und hartnäckige Debatte über die Frage der Errichtung eines besonderen Munitionslagerplatzes für Polen im Danziger Hafen statt. Der vom Völkerbund nach Danzig entsandte Untersuchungsausschuß hat darüber ein Gutachten erstattet und die Halbinsel Westerpilatte unter bestimmten Bedingungen als Hafen und als Munitions- und Kriegsmateriallagerplatz für Polen vorgeschlagen. Bis zum Ausbau dieser Einrichtungen soll Polen das bisherige Terrain in Danziger Hafen für diese Zwecke weiter benutzen können. Polen, stark unterstützt von Frankreich, verlangt aber die Insel Holm vorläufig als Hafen und Lagerplatz. Trotz der Argumente des Danziger Senatspräsidenten Sahm, daß Polch bis zur Fertigstellung des Hafens auf der Halbinsel Westerpilatte mit dem für seine Zwecke hergerichteten Hafen von Gdingen und dem Lagerplatz im Danziger Hafen auskommen könne und daß die Insel Holm zu nahe an der Stadt gelegen und zu dicht besetzt sei, um einer solch großen Gefahr als Lagerplatz für Explosivstoffe ausgesetzt zu werden, entschied der Rat schließlich doch, daß Polen die Insel Holm sechs Monate lang zur Lagerung von Kriegsmaterial nichtexplosiver Art benutzen dürfe.

Der Vertreter Englands stimmte nur unter der Bedingung zu, daß eine Verlängerung über 6 Monate hinaus ausgeschlossen bleibe. Sahm lehnte jede Verantwortung für den Beschluß ab.

Die Somierung Ungarns wurde gleichfalls Freitag vom Rat in Genf beschlossen. Das bedeutet noch lange nicht den Abbau der dortigen Gebewirksamkeit.

Rußland und China.

Beijing, 14. März. (U.) Die Hauptpunkte des sinesisch-russischen Vertragsentwurfs sind folgende: Die unter der Jarenherrschaft geschlossenen Verträge sind null und nichtig. Rußland erkennt die unbedingte Oberhoheit Chinas über die äußere Mongolei an. Rußland wird keine Propaganda betreiben. Die chinesische Behörde wird sämtliche Angelegenheiten kontrollieren, die die Halbinsel Chinas in der Frage der ostchinesischen Eisenbahnen betreffen, sich jedoch nicht mit Fragen rein eisenbahntechnischen Charakters beschäftigen. China erhält die Möglichkeit, die Eisenbahnen zurückzukaufen. Alle Bestimmungen dieses Rückkaufes werden auf einer offiziellen Konferenz festgelegt werden. Rußland verzichtet auf seine Rechte hinsichtlich seiner eigenen Konzessionen in China und annulliert die Konzessionen unter der Bedingung, daß sie ausschließlich für den öffentlichen Unterricht verwendet werden. Rußland erklärt sich mit der Abschaffung der russischen Konsulargerichtsbarkeit in China einverstanden.

Gewerkschaftsbewegung

Spaltung mit Schwierigkeiten.

Obwohl an dem Moskauer Zentralvorstandes der A.P.D., der auf Befehl von Moskau die Spaltung der deutschen Gewerkschaften anordnet, nachträglich einige mildernde Korrekturen vorgenommen worden sind, zeigen sich selbst bei den so wohl beschriebenen kommunistischen Funktionen erhebliche Widerstände. Diese Widerstände zeigen, daß selbst unter den Kommunisten das Gewissen noch stärker sein kann als der eingepaukte Kadavergehorsam vor Moskau.

Nach dem Bericht der „Roten Fahne“ über die Funktionärsversammlung am Mittwoch hielt zunächst ein gewisser Redaktör das einleitende Referat. Seine Ausführungen verliefen in dem üblichen Kreislauf stumpfsinniger Schimpfereien auf die Gewerkschaften und die B.S.P.D. Argend keinen selbständigen Gedanken oder überhaupt einen Gedanken wird man vergebens in dem Referat suchen. Die Brandier und Hecker sind daneben wahre Geistesriesen. Wir zitieren aus dem Bericht der „Roten Fahne“ nur folgende Stelle:

Wir werden weiterhin sofort mit Hilfe der revolutionären Betriebsräte und auch der Erwerbslosenräte eine Massenpropaganda in den Betrieben und auf den Arbeitsnachweisen entfalten müssen, um die nicht mehr organisierten planmäßig zu Industriearbeiterorganisationen zusammenzuführen. Das wird für die Parteimitglieder bedeuten, daß sie mehr und besser als bisher für die Gewinnung der Massen in den Gewerkschaften, in den Betrieben und unter den Erwerbslosen für unsere politischen Ziele arbeiten müssen. Der Industrieverband darf nicht ein Schlagwort bleiben! Er darf nicht eine Parallelorganisation der A.P.D. gegliedert nach Industriegruppen, sein, und er darf auch nicht nur eine Zusammenfassung der von den Zentralverbänden abgesplitterten Ortsgruppen sein. Der revolutionäre Industrieverband muß eine Massenorganisation im wahren Sinne des Wortes werden und muß den Klassenkampf christlich führen wollen und können. Mit der Propaganda unter den Massen muß sofort begonnen werden, die bevorstehenden Betriebsratswahlen müssen für diesen Zweck politisch ausgenutzt werden und der angelegentliche Ruf nach dem Weimarer, rechtslos verlaufen, sondern der „Schlußstein“ der seit Jahren betriebenen Spaltungsarbeit sein.

Dieser kommunistische Referent bestätigt also alles, was wir hier im „Vorwärts“ von der geplanten, zum Teil bereits durchgeführten Spaltung der Gewerkschaften gesagt haben und was die „Rote Fahne“ sich vergebens bemüht, abzuleugnen. Planmäßig sollen sogenannte „revolutionäre Industriearbeiterorganisationen“ gebildet werden. Die bevorstehenden Betriebsratswahlen sollen für diesen Zweck politisch ausgenutzt werden, und der angelegentliche Ruf nach dem Weimarer, rechtslos verlaufen, sondern der „Schlußstein“ der seit Jahren betriebenen Spaltungsarbeit sein.

Man begreift angefaßt dieser nunmehr offen eingetragenen Spaltung der Gewerkschaften, daß sich nicht weniger als 74 Redner zu Worte meldeten, von denen 14 am Mittwoch zu Worte kamen. Die übergroße Mehrheit der Redner äußerte Bedenken. Am Donnerstag soll die Debatte fertiggestellt werden. Es bedarf keinerlei Prophetengabe, um vorauszusagen, daß sie mit der Annahme des Moskauer Beschlusses enden wird. Wir zweifeln aber nicht daran, daß selbst unter den Kommunisten, die zu wählen haben werden zwischen der Unterwerfung unter den Befehl von Moskau, die deutschen Gewerkschaften zu spalten, und der Einheit der deutschen Arbeiterbewegung, sich einige aufrechte und ehrliche Gewerkschaftler für letztere entscheiden werden.

Tariffkündigung in der Metallindustrie.

Anfang März trat der Deutsche Metallarbeiterverband im Auftrag des Kartells an den Verband Berliner Metallindustrieller heran, um die Löhne zu erhöhen. Am 7. März schrieb der B.M.A., eine Lohnerhöhung käme nicht in Frage aus folgenden Gründen: Abgabensteuer, Lohnsummensteuer, Erwerbslosenfürsorge, Einkommen- und Körperschaftsteuer belasten die Betriebe derartig, daß keine Zulage gegeben werden könne. Bei der Verhandlung, die am 14. d. M. stattfand, stellten sich die Arbeitgeber auf den Standpunkt, daß Lohnerhöhung gleichbedeutend mit einer neuen Inflation sei und insofern sei eine generelle Lohnerhöhung ablehnen müssen. Darauf gab die Verhandlungskommission der Arbeitnehmer folgende Erklärung ab: Nachdem die Verhandlungskommission des B.M.A. erklärt, eine generelle Lohnerhöhung für alle Lohnklassen der Metallindustrie nicht geben zu können, erklärt die Verhandlungskommission des Metallkartells einstimmig, an der Aufrechterhaltung des Lohnniveaus sein Interesse mehr zu haben. Darauf erklärten die Arbeitgeber, die dieser Erklärung am Montag in einer gemeinsamen Sitzung Stellung zu nehmen. Mit dem heutigen Tag ist das Lohnabkommen gekündigt und läuft am Sonnabend, den 22. März, ab.

Die Aussperrung in der Herrenmaßbranche beendet.

Infolge des kommunistischen Streikstreiks haben bekanntlich die Arbeitgeber der Herrenmaßbranche die Aussperrung im gesamten Gewerbe verfügt. Am Mittwoch ist nun von den Vertragsparteien ein Abkommen getroffen worden, wonach die Aussperrung gegenüber der Arbeitnehmervertragspartei, dem Deutschen Bekleidungsarbeiterverband, aufgehoben wird. Ueber die Lohnfrage wurde am letzten Donnerstag verhandelt. Nach mühevollen Verhandlungen wurde eine Lohnerhöhung von circa 15 Proz. durchgesetzt. Stücklöhner erhalten 70 Pf., Zeitlohnarbeiter 75 Pf. pro Stunde. Der Lohnsatz in der Tarifklasse 3 beträgt 67 Pf., in der Lohnklasse 4 64 Pf. Der Qualitäts-

zuschlag fällt weg. Dieses Lohnabkommen tritt am nächsten Montag in Kraft. Durch das Eingreifen des Bekleidungsarbeiterverbandes ist, während inzwischen die „Opposition“ nur „revolutionäre“ Worte gebrauchte, eine Lohnaufbesserung noch vor den zentralen Verhandlungen erreicht worden. Die Versammlung der Herrenmaßbranche sah am Freitag den Beschluß, das Lohnergebnis anzunehmen. Damit ist die Aussperrung beendet.

Kommunistischer Schneiderstreik.

Man schreibt uns: Der seit vier Wochen bestehende Oppositionsverband der Bekleidungsarbeiter führt unter Leitung des kommunistischen Stadivordereiners Schumacher seine erste Lohnbewegung und zwar ganz nach „revolutionären“ Grundsätzen. In der Herrenmaßbranche wurden Lohnforderungen gestellt, und als die Unternehmer unter Hinweis auf ihr Vertragsverhältnis mit dem Deutschen Bekleidungsarbeiterverband Verhandlungen ablehnten, bei neun Firmen der Streik begonnen. Als nach 14 Tagen immer noch nur gestreikt wurde, ohne daß sonst irgendwas geschah, kam Herr Schumacher auf den revolutionären Einfall — den Schlichter anzurufen. Aber auch hier lehnten die Arbeitgeber Verhandlungen ab; Herr Schumacher wurde noch revolutionärer und stimmte dem Vorschlag des Schlichters zu, am Montag eine Spruchkammer über die Tariffähigkeit des Oppositionsverbandes entscheiden zu lassen.

In einer sehr schwachbesuchten Streikerversammlung wurde darüber berichtet und dann ohne Widerspruch betont, daß man von der ursprünglichen Forderung wohl werde abgehen müssen und auf den Spruch der Kammer warten müsse. An dem bisherigen negativen Ausgang des Kampfes sei der alte Verband schuld, da er es ablehnte die „Opposition“ als Tarifkontrovent anzuerkennen. Im übrigen müßten die Streikenden im Kampf ausharren, was dadurch erleichtert würde, daß sie sich Arbeit von kleinen Meistern ins Haus holten.

Der Zuschauer bei dieser kommunistischen Streikleitung und ihrer „revolutionären“ Kampfmethode fragt verwundert, welcher Unterschied denn nun eigentlich bestünde im Vergleich zu der vielgepöbelten Lohnbewegung des Bekleidungsarbeiterverbandes. Gewiß, die kommunistische Sonderorganisation erklärte bei ihrer Begründung nur kurzfristige Tarife abzuschließen. Mit kurzfristigen Lohnabkommen aber wird auch den kommunistischen Herrenmaßschneidern auf die Dauer nicht geholfen sein. Auch die übrigen Arbeitsbedingungen werden sie gegreift wissen wollen, wie sie es im Verbande gewohnt waren. Dann aber gerät ihre ganze Sonderorganisation mit in „den Sumpf der reformistischen Gewerkschaftstätigkeit“. Die Folge ist der Sonnenstrahl aus Moskau-Berlin. Kurzum, wollen die Kommunisten lochen, müssen sie Wasser dazu nehmen, genau wie die „Verdächtig“. Und wie die „reformistischen Bonzen“ läuft Schumacher als Moskauer Bonze zum Schlichter. Nicht einmal eine kleine Generalstreikaktion kann er aus dem Streik um die Anerkennung seiner Sonderorganisation als Tarifkontrovent machen, da die Streikenden keine Zeit haben, weil sie zu Hause arbeiten müssen, bis der Streik beendet ist. Mag die kommunistische Sonderorganisation immerhin ihre Feuerprobe in diesem „revolutionären“ Klassenkampf bestehen!

Verwendeter Kampf der Musikinstrumentenmacher.

Ein Schiedsgericht, das nach amtlicher Intervention der Schlichtungsbehörde unter Zustimmung der Parteien einberufen wurde, fällt am Mittwoch mit den Stimmen der drei unparteilichen Vorsitzenden und der Arbeitnehmerbeisitzer einen Spruch, der in seinen ausschlaggebenden Bestimmungen folgendes lautet:

Die regelmäßige Wochenarbeitszeit beträgt 48 Stunden. Die Anordnung von Überstunden bis zu 51 Stunden ist nach Anhörung der gesetzlichen Betriebsverwaltung seitens der Betriebsleitung möglich. Für die Zeit wird ein Überstundenzuschlag von 10 Proz. bezahlt. Weitere Überstunden werden mit dem tariflichen Zuschlag bezahlt. Der Lohn eines männlichen Facharbeiters über 20 Jahre beträgt 60 Pf. Die WiederEinstellung der Aussperrten erfolgt nach den Verhältnissen der Betriebe. Eine Einstellung betriebsfremder Arbeiter darf nicht vor vier Wochen geschehen. Nachregelungen finden nicht statt. Die Aussperrung gilt nicht als Unterbrechung des Arbeitsverhältnisses. Alle anderen Streitfragen regeln die Parteien selbst. Erklärungsfrist der Parteien bis Sonnabend mittags 12 Uhr.

In einer überfüllten Versammlung der ausgesperrten Musikinstrumentenmacher erklärte Boese, daß durch die beiderseitige Zustimmung die amtliche Eigenschaft des Schiedsrichters genommen war, so daß eine Verbindlichkeitsklärung durch das Reichsarbeitsministerium nicht möglich ist. Die Branchenleitung empfahl mit Rücksicht darauf, daß der Spruch die wesentlichen Forderungen der Arbeiterschaft erfüllt hat, dessen Annahme. Nach einhelliger Aussprache und nachdem Boese im Schlußwort betont hatte, daß es an den Unternehmern liegen werde, ob sie den Frieden im Gewerbe wiederherstellen wollen, nahm die Versammlung den Spruch mit großer Mehrheit an.

Arbeitszeit und Lohndiktat der Reichsregierung.

Mit diesem Thema befaßte sich eine Versammlung der Sektion Reichs- und Staatsbetriebe des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter am Donnerstag. Genosse Stiller gab ein Bild von den Verhandlungen am 1. Februar und schilderte das Vorgehen der Reichsregierung, nachdem es zu keiner Verständigung über die Arbeitszeit gekommen war. Nur Versuchen halte als einziger deutscher Staat noch am Achtstundentag fest. Die diktatorischen Verordnungen der Reichsregierung seien auf die Dauer untragbar. Der Kampf gilt nicht nur dem Verlorenen, sondern zunächst der Erhaltung des noch Gebliebenen. Nach kurzer Diskussion im Sinne des Referenten gelangte einstimmig eine Entschließung zur Annahme, worin noch einmal scharfster Protest gegen die willkürliche Festsetzung der längeren Arbeitszeit und die eigenmächtige Verkürzung der Löhne

erhoben wird. Die Versammlung erblickt in diesem diktatorischen Vorgehen der Reichsregierung als Arbeitgeber eine Durchbrechung der Verordnung über die Arbeitszeit vom 21. Dezember 1923 und der Verordnung über den Abschluß von Tarifverträgen. Sie verlangt vom Verbandsvorstand, mit allen Mitteln dahin zu wirken, daß die Arbeitszeit für die Reichsarbeiter und -arbeiterinnen ebenso geregelt wird, wie es durch die Verhandlungen mit dem preussischen Finanzministerium für die preussischen Arbeiter und Arbeiterinnen geschehen ist.

Für die Lohnregelung wird erwartet, daß alle Möglichkeiten ausgenutzt werden, einen Lohnsatz zu erreichen, der mindestens im selben Verhältnis zu den Löhnen in der Privatindustrie im allgemeinen steht.

Die Versammelten werden unermüdet für den Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter werden, um alle Staatsarbeiter in eine geschlossene Abwehrfront zu bringen.

Zwanzig Prozent Gehaltserhöhung!

Während große und kleine Kräfte bereits auskuffert haben, welche Waren sie im Hinblick auf die von den Beamten ab 1. April erwartete Gehaltserhöhung von 20 Proz. im Preise erhöhen, haben die unteren und mittleren Beamten, die Staats- und Gemeindeangestellten und -arbeiter berechnet, was für sie bei dem Zwanzigprozentigen eigentlich herauskommt.

Ein Arbeiter stellt uns das Ergebnis seiner Bemühungen zur Verfügung. Er hatte bisher ein Einkommen nach Abzug von netto 100 Mark. Dieser Betrag erhöht sich nach der Zulage auf 120 Mark, abzüglich 2 Mark Lohnsteuer, bleiben 118 Mark, mithin 18 Mark mehr als bisher. Die erhöhte Abgabe für die Erwerbslosenunterstützung beträgt monatlich 150 Mark mehr, bleiben noch 16,50 Mark von der Zulage von 20 Proz. Die Wohnzimmerniete erhöht ab 1. April einen Zuschlag von 28 Proz. (42 + 25 Proz. Kommunalzuschlag) macht 67 Proz. Bei 40 Mark Friedensmiete sind also anstatt 1120 Mark (28 Proz.) 28,50 Mark (67 Proz.) zu zahlen, mithin 17,60 Mark mehr als bisher. Der Erhöhung des Einkommens von 20 Proz., d. h. 16,50 Mark, steht mithin eine Erhöhung der Ausgaben von 17,60 Mark gegenüber, so daß sich eine Schicksalsstellung um 1,10 Mark ergibt, welcher Betrag von der Lebenshaltung abgedeckt werden muß.

Nach oben hin, in den höheren Gruppen, mag sich die Rechnung etwas günstiger stellen, allein die Angestellten und Arbeiter der unteren Gruppen können sich dafür nichts kaufen. Sie kommen sich mit ihrer 20prozentigen Zulage vor, als seien sie gestorben worden.

Ein Pyrrhussieg der A.P.D.

In der Generalversammlung der Sattler, Tapezierer und Portefeuller am 13. März im Gewerkschaftshaus (der vierten in diesem Jahre) konnten endlich die zur Debatte stehenden Beschlüsse der „Weimarer Konferenz“ erledigt werden. Der Korreferent Körting schloß in einem kurzen schlichten Schlußwort die Ausführungen der Befürworter der Konferenz der Beschlüsse zusammen und empfahl deren Ablehnung. Ebenso lehnte er den Antrag, einen außerordentlichen Verbandstag einzuberufen, ab, da durchschlagende Gründe hierfür nicht vorhanden seien. Der Referent Gabben, welcher in der vorhergehenden Generalversammlung nicht anwesend war, behandelte in seinen Ausführungen die englische Kolonialpolitik, anscheinend deshalb, weil die Weimarer Konferenz schon 4 Monate zurückliegt und der Streit um den Kalifen augenblicklich aktueller ist.

Die nun vorgenommene Abstimmung ergab gegen eine ziemlich gleich starke Minderheit, aber vielen Stimmenthaltungen die Annahme der Beschlüsse und Annahme des Antrages auf Einberufung eines außerordentlichen Verbandstages. Da in der letzten Versammlung nur Blum eine ablehnende Stellungnahme in der Diskussion begründen konnte, gaben Osten und Heinrich vor der Abstimmung durch Erklärungen bekannt, daß sie, da sie als Angestellte ebenfalls wieder kandidieren, in den Beschlüssen der Weimarer Konferenz die Zerspaltung der Gewerkschaften sehen und sie demgemäß ablehnen.

Zur Wahl der Anwesenden lag ein Antrag der Ortsverwaltung vor, die Wahlen durch Urabstimmung vornehmen zu lassen, da in der ersten Generalversammlung im Januar nach dem Geschäftsbericht auf Beschluß der Wahlen zurückgestellt wurden, mit der Begründung, erst die Stellungnahme der Angestellten zur Weimarer Konferenz kennen zu lernen. Da also grundsätzliche Fragen entschieden werden sollen, so mußte der Vorschlag einstimmig angenommen werden, auch mitzuspoken. Die Vertreter der A.P.D. sprachen gegen das Mitbestimmungsrecht der Mitglieder. Bei der auf Antrag der A.P.D. sofort vorgenommenen Wahl erzielte die „revolutionäre“ Opposition jedoch einen schmerzlichen Reinfall. Den bisherigen Anwesenden (einer B.S.P.D., ein A.P.D.) wurden von der A.P.D. Gegenkandidaten gegenübergestellt. Die Wahl, die durch Stimmzettel, und zwar über jeden Kandidaten getrennt, vorgenommen wurde, ergab die Wiederwahl der bisherigen Anwesenden.

Verantwortlich für Politik: Graf Reuter; Wirtschaft: Urban Osterhaus; Gewerkschaftsbewegung: A. Choden; Kultur: A. A. Döhrer; Colles und Sonstiges: Fritz Kersch; Einzelne: A. Glöck; sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Verlagsdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 2, S. 122 2 Beilagen.

Porath 
Kinder- u. Krankennahrung
für Säuglinge, größere Kinder, Erwachsene
ärztlich empfohlen



Urteilen Sie selbst
mein Freund,
rein orientalisches Tabak
für 2 S

Kleine MASSARY mit Gold 2 S

Vorfrühlings-Wanderungen.

Der Frühling steht vor der Tür; er ist ein bißchen spät ange- langt, denn der Winter will seine Herrschaft noch nicht aufgeben.

Forst Oranienburg.

Ein Waldgebiet von großer Ausdehnung und reicher landschaft- licher Schönheit ist der Oranienburger Forst. Wir erreichen ihn vom Stettiner Bahnhof mit den Vorortzügen der Nord- bahn.

Chaussee ist von alten knorrigen Eichen besäumt. Von der Brücke über den Großschiffahrtsweg übersehen wir nach rechts den Kanal mit der großen Schleusenanlage, nach links den Rehnigsee.

Am Müggelsee.

Einer der über die Stadtbahn fahrenden Züge bringt uns nach Friedrichshagen. Vom Bahnhof gehen wir gen Süd durch die Friedrichstraße und dann gen Ost durch die Seestraße zu den Berliner Wasserwerken und dem Staatlichen Institut für Binnenfischerei.

Die Auto-Post-Verbindung von Groß-Besen nach Prieros wird am 15. d. M. wieder aufgenommen.

Ein neuer Totwuschel? Des zehnjährigen Schulmädchens Erna Gräfin erschrak die Polizei am 11. d. M. durch einen Hundes- bissen im Hause Mittelstraße 44.

Apotheken-Greife.

Der bekannte Forscher der Markt, Rudolf Schmidt in Ebers- walde, hat sich der Mühe unterzogen, das Alter märkischer Apothe- ken zu ermitteln. Ehrwürdige Greise, deren Alter bis in den Be- ginn des 14. Jahrhunderts zurückreicht, sind da zum Vorschein ge- kommen.

Der Berliner Haushalt.

Vorläufige Regelung für das Jahr 1924.

Der Haushaltsplan für 1924 wird erst nach Beginn des neuen Rechnungsjahres fertiggestellt sein. Dabei sind vorläufige Bestimmungen für die Haushaltswirtschaft zu treffen.

A. Laufende Ausgaben für das Vierteljahr April- Juni 1924 können bis zur Höhe eines Viertels der Jahres- ausgabe des von der Zentralfinanzverwaltung geprüften Haushalts- entwurfs für 1924 geleistet werden.

(Nachdruck durch Verlag, Berlin.)

Der Bürger.

Von Leonhard Franke.

„Ich werde der Arbeiterbewegung auf andere Weise als früher nützen. Zweifellos kann ich, mit meinem Einfluß und meinen Verbindungen, der Bewegung weitaus mehr nützen, als es der Student konnte, der nichts hatte, nichts war und nichts bedeutete.“

„Die Pflegerin im Nebenzimmer soll die Beichte mit- angehört haben.“ „... weiß man nicht genau. Die Menschen können ja kein Geheimnis für sich behalten.“

„Die Pflegerin im Nebenzimmer soll die Beichte mit- angehört haben.“ „... weiß man nicht genau. Die Menschen können ja kein Geheimnis für sich behalten.“

(Fortsetzung folgt.)

1923 noch im Laufe des Rechnungsjahres 1923 von den städtischen Körperschaften Mittel bereit sind, dürfen Ausgaben nur mit Zustimmung der Gemeindebehörden geleistet werden.

Der Konsumgenossenschafts-Wahlkampf.

Der Ausschuss der sozialdemokratischen Genossenschaftsmitglieder schreibt uns:

Der Wahlausmarsch der SPD. — Liste Genossenschaftsaufbau — ist vollendet. Von 173 Wahlbezirken sind 172 gültige Wahlvorschläge eingegangen. Da von 24 Bezirken keine Gegenlisten eingereicht sind, gelten in diesen Bezirken die Genossenschaftsaufbau-Kandidaten bereits als gewählt. In den übrigen 148 Bezirken fällt morgen (Sonntag) die Entscheidung zwischen der Liste Genossenschaftsaufbau einerseits und den Kommunisten und der USPD. andererseits. Die kommunistische Partei hatte für Mittwoch und Donnerstag acht Propagandaveranstaltungen einberufen, in denen auswärtige Kommunisten referierten. Die erwarteten „Massen“ blieben freilich aus, konnte doch eine dieser Versammlungen wegen zu geringem Besuch gar nicht stattfinden. Wie sachlich die übrigen Versammlungen verliefen, zeigt das Triumphgeschrei der „Roten Fahne“, die berichtet, daß in den „Pharus-Sälen“ zwei SPD-Diskussionsredner „mit Nieder“-Rufen von der Bühne heruntergeholt wurden!

Ein Beispiel für die Sachlichkeit liefert ein Artikel der „Roten Fahne“, der unter anderem Unfug die Behauptung aufstellt, daß die Konsumvereine Staatskredite ablehnen. Das Gegenteil ist natürlich richtig; Staatskredite wurden allerorts gefordert. Wahr hingegen ist, daß die Forderung der sachlichen Konsumvereine nach Staatskrediten von dem seinerzeitigen kommunistischen Finanzminister Böttcher rundweg abgelehnt wurde. Doch genug davon. Der Raum des „Vorwärts“ ist zu schade, um die Verlogenheiten der kommunistischen Presse und Redner in Genossenschaftsfragen im einzelnen Falle zu beleuchten.

Parteigenossen, Konsumgenossenschaftsmitglieder! Macht diesem Spuk kommunistischer Wählerarbeit ein Ende, indem ihr morgen ausnahmslos rechtzeitig (von 9 bis 1 Uhr) zur Wahl geht und einmütig eure Stimmen auf die Liste „Genossenschaftsaufbau“ vereinigt. Sorgt für Verbreitung des Wahlmaterials. Beteiligt euch an den Wahlarbeiten.

Eine „Probefahrt“.

Ein Zeitbild von dem Treiben gewisser Jugendlicher entrollt eine Verhandlung vor der Strafkammer des Landgerichts III, vor der sich die im Alter von 21 und 22 Jahren stehenden Knusfeute Rudolph Salomons und Hans Löwenberg wegen Diebstahls und Hehlerei zu verantworten hatten. Die beiden Angeklagten hatten eine sorgfältige Erziehung erhalten. Nachdem sie ihr Abiturium mit Glanz hatten, hatten sie aber nicht Lust zu studieren, oder als Lehrlinge in kaufmännische Geschäfte einzutreten, sondern verlegten sich auf Gelegenheitsgeschäfte, wodurch sie leicht Geld verdienen konnten. Allerhand Spielereien verschafften ihnen reiche Mittel, um ein stilles Leben in Luxuslokalen und Spielclubs zu führen. Als dann mit dem Aufhören der Inflation diese Herrlichkeit zu Ende war, verfielen sie darauf, sich durch einen großen Schwindel in den Besitz neuer Geldmittel zu setzen. Am 27. Dezember erschien Salomons bei einem ihm bekannten Fahrradhändler und sagte ihm, daß er einen Holländer an der Hand habe, der ein Motorrad kaufen wolle. Er wolle zunächst eine Probefahrt machen und setzte sich mit dem Kaufmann auf das Rad. Bei der Rückkehr blieb er auf dem Rad vor dem Geschäft sitzen und ließ sich von dem abgestiegenen Händler über die Stellung und Kupplung unterrichten. Plötzlich schaltete er ein und war, ehe sich der Verkäufer dessen verah, mit dem Rade verschwunden. Eine Verfolgung in einer Autodrochse war vergeblich. Auf einem Umwege war der Angeklagte nach einem Café am Kanteplatz gefahren, wo ihn Löwenberg mit einem gemeinsamen Bekannten erwartete. Löwenberg holte noch einen weiteren Bekannten heran, einen angeblichen Schredder, und diese Beiden, schoben das Rad weg, da sie es nicht fahren konnten. Am nächsten Tag traf Löwenberg sich wieder mit seinen Freunden und erzählte, daß ihm unterwegs das Rad von einem Herrn und einem Sajakpompanten abgenommen worden sei. Es hat sich dies als Schwindel erwiesen. Das Schöffengericht hatte Salomons und Löwenberg zu Gefängnisstrafen verurteilt. In der Berufungsverhandlung behauptete Salomons, daß er nur allein eine Probefahrt habe machen wollen und am Kaiserdamm abgestürzt sei. Er habe sich blutig geschlagen und habe deshalb nicht gleich in das Geschäft zurückfahren wollen, sondern sei zu den Freunden ins Café gekommen. R. A. Dr. Grohmann hielt eine Beteiligung des Salomons an der Unterschlagung des Rades nicht für erwiesen. Das Gericht kam auch zu einer Freisprechung, verurteilte dagegen Löwenberg zu 6 Monaten Gefängnis.

Mit Brecheisen und Revolver.

Ein vielfach vorbestrafter Eindrehler hatte sich vor der 10. Hilfsstrafkammer wegen verübten Totschlages zu verantworten. Im Januar v. J. kam der Kriminalbetriebsassistent Bruder auf einem nächtlichen Patrouillengang in der Brunnstraße an dem Schuhgeschäft von Tant vorbei und hörte ein verdächtiges Geräusch, an dem er als erfahrener Kriminalist sofort merkte, daß Eindrehler mit dem Brecheisen an der Arbeit waren. An der Tür war tatsächlich ein Mann in voller Arbeit. Er packte ihn sofort, indem er sich als Kriminalbeamter bezeichnete, und wollte ihn festnehmen. Er bemerkte aber noch, daß zwei andere Personen Schritte standen. Der festgenommene rief sich los und zog einen Revolver. Kurz entschlossen kam ihm der Beamte zuvor und gab einen Schuß ab, der den Verbrecher auch am Arme verletzete. Rummelr feuerte dieser auf den Beamten; der erste Schuß traf in den Unterleib, vier weitere Schüsse, die in Arm und Beine gingen, streckten den Beamten nieder. Erst später gelang es, als den Täter den Tischler Paul Ziegner sowie die Arbeiter Wohlgenut und Pieper als seine Komplizen zu ermitteln. Alle drei wurden wegen zahlreicher Bandendiebstähle bereits vor einiger Zeit zu je 5 Jahren Zuchthaus verurteilt. Ziegner hatte sich nun noch wegen der Schießaffäre zu verantworten. Seine Strafe wurde in eine Gefängnisstrafe von 12 Jahren umgewandelt.

Am das Kreisstrafhaus Lichterfelde. In Sachen Berlin-Kreis Lettom hat bekanntlich das Schiedsgericht vor einigen Monaten entschieden, daß der Kreis ein vorwiegendes Interesse an dem Kreisstrafhaus Lichterfelde hat. Das Schiedsgericht hat

damals den Parteien aufgegeben, sich über die Art der Verwaltung zu einigen. Die Einigung konnte leider nicht zustandekommen, weil der Kreis ein Verwaltungsrecht der Stadt Berlin nicht einräumen wollte. Infolgedessen hat sich das Schiedsgericht am 11. d. M. noch einmal mit dieser Sache befaßt und hat folgendes beschlossen: Im Kreisstrafhaus Lichterfelde werden der Stadt Berlin 250 Betten eingeräumt. Die Verwaltung des Krankenhauses soll von einem Ausschuss bewerkstelligt werden, der von beiden Parteien gemeinsam zu bilden sei. Der Ausschuss soll eine Geschäftsordnung erhalten, die eventuell vom Schiedsgericht aufgestellt werden soll.

Kinderhilfe der deutschen Arbeiterschaft.

Aus der Tätigkeit der Arbeiterwohlfahrt.

Der Hauptausschuss für Arbeiterwohlfahrt und die Reichsarbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde hatten seinerzeit einen Aufruf erlassen, in dem sie um Spenden zur Unterstützung der Tat baten. Dieser Aufruf hat guten Erfolg gehabt. Schon einmal wurde hier über die eingelaufenen Spenden berichtet. Jetzt teilen die beteiligten Organisationen weitere Einzelheiten aus ihrem Tätigkeitsbereich mit:

In Kiel sind etwa 7000 Werftarbeiter ausgesperrt. Die Gewerkschaften haben von den noch in Arbeit befindlichen jede Woche einen bestimmten Beitrag eingezogen. Außerdem haben alle Parteien und Gewerkschaften sowie die Abgeordneten des Bezirks feste Beiträge zugesagt. Dafür werden täglich etwa 600 bis 700 Kinder gespeist. In solchen Fällen sind Zuschüsse besonders notwendig, weil die Ausgesperrten von keiner Seite irgendwelche Zuschüsse erhalten. Die Arbeiterwohlfahrt und die Kinderfreunde hoffen, daß ihnen noch weiterhin Beiträge zugehen und quillieren nachstehend über die bis zum 1. März bei ihnen eingegangenen Spenden: Durch den Reichspräsidenten 500 Dollar, Paul Hirsch zweimal 25 M., Sammlung Obrowalde (Weferloh) 10,50 M., durch Frau Luise Köhler 8,40 M., Gewerkschaftsartikel Wiener Reustadt durch P. Ufermann 500 000 österreichische Kronen, Deutscher Gewerkschaftsbund in der Tschechoslowakei 24 000 tschechische Kronen, 150 Dollar, 50 Dollar Sozialistische Partei San Francisco, 23 fr. Fr. „Volkstimme“, Saarbrücken, 100 Dollar von der Arbeiter-, Kranken- und Sterbefälle für die Vereinigten Staaten von Amerika Branch No. 65, Cleveland; Gebr. Weinberger, Berlin, Berstr. 70, 1 Jtr. Schmalz; Liebesgaben aus Amerika: 2 Kisten Kleider; Liebesgaben aus Norwegen durch Korste Arbeiterpartei: 1 Kiste Kleider; aus Dänemark: 62 Kisten Margarine, 1 Kiste Milch. Den Spendern wird hiermit der herzlichste Dank gesagt. Weitere Spenden sind zu richten auf: Postfachkonto Richard Bohmann Postfachamt Berlin NW. 7 Nr. 155468 oder auf das Bankkonto Fr. Bartels Juchacz, Diskonto-Gesellschaft, Depositionskasse Berlin SW. 68, Lindenstr. 3.

Stätten der Not.

Der Verwaltungsbezirk Brenzlauer Berg gehört zu den ärmsten in Berlin. Seine Bevölkerung setzt sich fast nur aus Unheimlichkeiten zusammen, und viele Familien dieses Bezirkes sind in drückender Not. Das Bezirksamt hat sich bemüht, mit Hilfe privater Kreise durch Wohlfahrtseinrichtungen das bitterste Elend zu lindern. Für Säuglinge, für trankliche Kleinkinder und Schulhinder, für Sozialrentner, für Rentnerinnen sind Heime geschaffen worden, die den Bedrängten, den Frierenden, den Hungernden, den Vereinsamten eine Zuflucht bieten. Aber die Not der Zeit bedrängt die Anstalten selber, so daß ihnen die Gefahr droht, wegen Mangel an Mitteln geschlossen werden zu müssen. Das wird auch für sechs Wohlfahrtseinrichtungen des Bezirkes Brenzlauer Berg befürchtet, weil sie seit Anfang des Jahres keine öffentliche Beihilfe erhalten können und die Opferwilligkeit der Bevölkerung keinen ausreichenden Ersatz mehr zu bieten vermag. Doch aber eine Stilllegung dieser gegenständig wirkenden Wohlfahrtseinrichtungen ein bitterer Verlust für den Bezirk wäre, lehrt eine Besichtigung zu der die Wohlfahrts- und Jugendpflege des Bezirkes am Donnerstag eine Anzahl Männer und Frauen (auch Räte Kolowich beteiligte sich) eingeladen hatte.

Der Rundgang durch den Bezirk wurde unter Führung der Stadträte Kosemann und Friedländer in der Mühlhäusener Straße begonnen, wo in dem Gemeindefausthause eine Speisenausgabe für Kinder und für erwachsene Frauen besteht. Dann führte der Weg zu einem erst vor einigen Tagen eröffneten Kinderheim in der Ammannkirchstraße, das von einem zu diesem Zwecke zusammengetretenen „Verein Kinderheim“ geschaffen worden ist und bis auf weiteres zur Tagesbetriebs nach Art der Kruppen haben kann. Direktor Scheffer von der Deutschen Rothilfe, der an der Besichtigung teilnahm, machte hier die Mitteilung, daß durch ihn ein ungenannter Spender dem Kinderheim ein Geschenk von 2000 M. überweist. Der nächste Besuch galt dem Rentnerheim in der Greifswalder Straße, das in gut durchwärmten Gemeindefausthäusern eine Aufenthaltsstätte für die Tagelöhner und -losgänger zur Beköstigung bietet, aber auch Einzlimmer als Wohnungen für Alleinlebende gegen mäßige Miete abgibt. Ähnlich ist das Rentnerheim in der Schönhauser Allee eingerichtet, das gleichfalls besichtigt wurde. Besuch wurde weiter das Heim für Sozial- und Wohlfahrtrentner, das an der Danziger Straße auf dem Grundstück einer ehemaligen Barockkirche in der Turnhalle eingerichtet ist. Auch dort finden die alten Leute die willkommenen Gelegenheiten, sich tagsüber in einem behaglich warmen Gemeindefausthaus aufzuhalten und ein Mittagessen einzunehmen. Der Rundgang endete mit einer Besichtigung des Kinderheims in der Gethsemanenstraße, das tuberkuloseverdächtige Kindern ein besonders nahrhaftes Mittagessen gibt und ihnen die Möglichkeit einer Biogelut bietet.

Die ganze Besichtigung zeigte, daß eine Schließung dieser im Bezirk geschaffenen und ihm unentbehrlich gewordenen Zuflucht- und Fürsorgestätten unmöglich wäre. Es darf nicht dazu kommen, daß Hunderte von Kindern und Greisen, allen Schutzes beraubt, wieder dem Elend ausgeliefert werden.

Vorträge im Museum für Meereskunde, Georgenstr. 34/36, Dienstag, 18. März, 12 Uhr, Prof. Stahlerberg: Wie findet der Seemann seinen Weg? Dienstag, 25. März, 12 Uhr, Prof. Sturm: Leben auf der Doolite und in der Tiefsee. — Vortrag im Museum für Meereskunde, Georgenstr. 34/36, Dienstag, den 18. März, abends 8 Uhr, Professor Dr. R. v. M. a. h.: Meilen und Ämter des Meeres. Mit Lichtbildern.

Alw'a Körstens Beerdigung.

In den Frühnachmittagsstunden des gestrigen Tages war die Halle des Zentralfriedhofes in Friedrichsfelde dicht gefüllt von einer Trauergemeinde, die dem langjährigen Freunde und Mitkämpfer in der Arbeiterbewegung, Alwin Körsten, die letzte Ehre erwies. Der Beerdigung leitete die Feier ein, ein Männerquintett folgte. Dann sprach als erster Genosse Wets Worte des Gedenkens. Der Tod hält reiches Erbe, und es scheint, als ob er gerade die Besten zu sich nimmt. In Alwin Körsten verkörpert sich der Werdegang der Arbeiterkämpfe der letzten vierzig Jahre. Wollte man seine Arbeit schildern, so müßte man die Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung, ja vor allem die Geschichte der Berliner Gewerkschaften erzählen. Alwin Körsten war ein Mensch so treu wie Gold, so wahr und aufricht, wie nur einer sein konnte. Er hat nicht umsonst gelebt! Sein Werk wollen wir fortsetzen und kämpfen, bis das Unrecht an der arbeitenden Klasse beseitigt ist. Wir nehmen Abschied von Dir und danken Dir, Arbeiter-freier Genosse. Ein sprach als Vertreter der Berliner Gewerkschaftskommission und schilderte die Arbeit Körstens. Mit dem Entschlafenen ist einer der aufopferungsfähigsten und treuesten Arbeiter hingegangen. In seinem Sinne die begonnene Arbeit fortsetzen, heißt kein Andenken am besten ehren. Stadtrat Genosse Brühl als Vertreter des Magistrats (Körsten war seit 1919 Abteilungsleiter im Landesarbeitsamt) kennzeichnete den Toten als einen Mann der Arbeit, dem jede Ehrlose fern lag. Die Stadt Berlin verliert einen ihrer besten Mitarbeiter. Als letzter Redner sprach Knaack für den Deutschen Metallarbeiterverband, der in kurzen Worten Körstens Arbeit innerhalb der deutschen Metallarbeiterbewegung ehrte.

An der Gruft legte als erster ein Vertreter der pommerschen Parteigenossen, die Körsten im Reichstage vertrat, einen Kranz nieder. Die Gewerkschaftskommission von Berlin und Umgegend und KZ-Bund, Ortsstelle Berlin, ließen durch Sabath einen Kranz überbringen. Für das Personal der Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt überbrachte Richard Barich einen Kranz und sprach dabei warme Worte für die treue Arbeit des Entschlafenen. Dann folgten Kranzniederlegungen der Geschäftsleitung der Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt, des Zentralverbandes der Hotel- und Kaffeehausangestellten, der Angestellten und Arbeiter des Landesarbeitsamtes Berlin, des Deutschen Metallarbeiterverbandes, des Verbandes der Lebensmittel- und Getränkearbeiter, der Reichstagsfraktion der SPD. usw.

Verzweigungstat einer Mutter.

Sich selbst und ihre Kinder getötet.

Die grausige Tat einer verzweifelten Mutter wurde gestern nachmittag in der sechsten Stunde in dem Hause Bodestraße 11 in Neustolln bekannt. Hier wohnt in dem Vorderhaus zwei Treppen die Kaufmannsrau Lucie Jugalski mit ihren beiden Kindern, sechs und vier Jahre alt. Die Frau lebt in Scheidung mit ihrem Manne und hat durch Wohlfahrts-spenden ihren Kindern und sich das Leben erhalten. Gestern nachmittag wurde, da sich in der Wohnung niemand meldete, diese gewaltsam geöffnet, und man fand nun die Mutter und ihre beiden Kinder in Bluteschwimmend vor. Die Mutter hat aus Furcht vor Strafe weil sie fürchte, wegen eines Verbrechens angeklagt zu werden, ihren beiden Kindern mit einem Messer die Kehlen in die Schale durchschnitten und sich dann selbst mit dem Messer schwere Verletzungen am Hals beibrachte. Sie wurde, noch schwache Lebenszeichen von sich gebend, aufgefunden und nach dem Krankenhause in Budow gebracht, während die beiden Kinder nach dem Leichenschauhause in Neustolln transportiert wurden. Infolge des ehebrüchigen Zerwürfnisses hatte sie ein von ihr kürzlich geborenes Kind getötet und im Ofen verbrannt. Dieses war den Hausbewohnern bekanntgeworden, und man hatte ihr geholfen, es bei der Polizei zur Anzeige zu bringen. Aus Furcht vor Strafe und in Verzweiflung ob ihres ehebrüchigen Lebens hat sie gestern die grausige Tat vollzogen.

Groß-Berliner Parteinaufrichten.

Bezirksvorstand.

Heute abend 6 Uhr: Sitzung des erweiterten Bezirksvorstandes im Sitzungssaal des Parteivorstandes, Lindenstr. 3, i. Hof 4 Treppen. Eagerer Vorstand um 5 Uhr im Sekretariat.

Sozialistisch-wissenschaftliches Diskussionsabend für Beamte! Der Abend muß wegen Verhinderung des Referenten ausfallen. Nächste Zusammenkunft Sonnabend, den 22. Januar.

14. Kreis Westfalen, Sonntag, den 18. März, vorm. 10 Uhr, Besprechung der Abteilungsführerinnen im Parteibüreau.

Heute, Sonnabend, den 15. März:

- 16. Abt. Marzahn. Die Genossen werden aufgefordert, ihre Mitteilungsblätter von der Verkaufsstelle der Konsumgenossenschaft abzuholen, da sie am Sonntag zur Funktionellung gebraucht werden. — Heute, Sonnabend, abends 7 1/2 Uhr, Funktionellung bei Rinkenber, — Funktionellung.
- 17. Abt. Marzahn, 7 Uhr bei Geiger, — Funktionellung.
- 18. Abt. Marzahn, 7 1/2 Uhr bei Meier, Straße am Hallenberg, — Funktionellung.
- 19. Abt. Marzahn, 7 1/2 Uhr bei Meier, Straße am Hallenberg, — Funktionellung.
- 20. Abt. Marzahn, 7 1/2 Uhr bei Meier, Straße am Hallenberg, — Funktionellung.
- 21. Abt. Marzahn, 7 1/2 Uhr bei Meier, Straße am Hallenberg, — Funktionellung.
- 22. Abt. Marzahn, 7 1/2 Uhr bei Meier, Straße am Hallenberg, — Funktionellung.
- 23. Abt. Marzahn, 7 1/2 Uhr bei Meier, Straße am Hallenberg, — Funktionellung.
- 24. Abt. Marzahn, 7 1/2 Uhr bei Meier, Straße am Hallenberg, — Funktionellung.
- 25. Abt. Marzahn, 7 1/2 Uhr bei Meier, Straße am Hallenberg, — Funktionellung.
- 26. Abt. Marzahn, 7 1/2 Uhr bei Meier, Straße am Hallenberg, — Funktionellung.
- 27. Abt. Marzahn, 7 1/2 Uhr bei Meier, Straße am Hallenberg, — Funktionellung.
- 28. Abt. Marzahn, 7 1/2 Uhr bei Meier, Straße am Hallenberg, — Funktionellung.
- 29. Abt. Marzahn, 7 1/2 Uhr bei Meier, Straße am Hallenberg, — Funktionellung.
- 30. Abt. Marzahn, 7 1/2 Uhr bei Meier, Straße am Hallenberg, — Funktionellung.

Morgen, Sonntag, den 16. März:

- 31. Abt. Marzahn, 7 1/2 Uhr bei Meier, Straße am Hallenberg, — Funktionellung.
- 32. Abt. Marzahn, 7 1/2 Uhr bei Meier, Straße am Hallenberg, — Funktionellung.
- 33. Abt. Marzahn, 7 1/2 Uhr bei Meier, Straße am Hallenberg, — Funktionellung.
- 34. Abt. Marzahn, 7 1/2 Uhr bei Meier, Straße am Hallenberg, — Funktionellung.
- 35. Abt. Marzahn, 7 1/2 Uhr bei Meier, Straße am Hallenberg, — Funktionellung.
- 36. Abt. Marzahn, 7 1/2 Uhr bei Meier, Straße am Hallenberg, — Funktionellung.
- 37. Abt. Marzahn, 7 1/2 Uhr bei Meier, Straße am Hallenberg, — Funktionellung.
- 38. Abt. Marzahn, 7 1/2 Uhr bei Meier, Straße am Hallenberg, — Funktionellung.
- 39. Abt. Marzahn, 7 1/2 Uhr bei Meier, Straße am Hallenberg, — Funktionellung.
- 40. Abt. Marzahn, 7 1/2 Uhr bei Meier, Straße am Hallenberg, — Funktionellung.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Freireichliche Gemeinde, Sonntag vorm. 11 Uhr, Vappelerstr. 15, Vortrag des Herrn Dr. R. Sturm: „Der Imperialismus.“ — Bitte mitkommen.

M. SCHULMEISTER
Hochbahnstation Kottbusser Tor
Sportanzug mit zwe. Hose 98.—
Regenmäntel von 20.— an

A. BATSCHARI
CIGARETTEN
Vom Qualitätstraucher immer wieder bevorzugt

Wirtschaft

Die Besserung des Franken.

Durch internationale Intervention, die durch Nachrichten über den bevorstehenden Kredit an Frankreich noch wesentlich verstärkt wurde, gelang es, den Franksturz zum Stillstand zu bringen. Anstatt der fortgesetzten Verschlechterung ist jetzt eine Besserung des Frankturfs eingetreten. Das englische Pfund, das vor dem Kriege mit 25,22 1/2 Frank notiert wurde, aber schon in den ersten Jahren nach dem Kriege immer wesentlich teurer bezahlt worden war und in den ersten Monaten des Ruhrkampfes rund 75 Frank galt, fiel von dem höchsten Kurs, der etwa 120 betrug, bis unter 95. Damit bewegt sich der Frank immer noch wesentlich unter dem Stande, den er vor dem letzten Sturz eingenommen hatte, und es bleibt abzuwarten, ob er jemals wieder auf diesen Stand zurückkehren wird.

Herb-gefaßt ist der Franksturz durch die verfehlte französische Finanzpolitik, die in der Hoffnung auf baldige Früchte ihrer Kräftepolitik gegenüber Deutschland große ungezielte Ausgaben vorgenommen hatte. Gegenüber dem Defizit im französischen Haushalt bedeutete die Kredite, die jetzt angeboten wurden und die sich auf einer Höhe von etwa 500 Millionen Goldmark belaufen, noch wenig. Sie sind ein förtlicher Interventionsfonds, aber nicht ausreichend zu einer dauernden Stabilisierung des Franken. Die Ausfälle der französischen Währung sind auch deshalb noch keineswegs tot, weil genau so, wie früher in Deutschland, so auch jetzt in Frankreich die Schwerindustrie aus der G. Wertverwertung Nutzen zieht und daher einer Stabilisierung nicht übermäßig freundlich gegenübersteht.

Ein Teil der Kredite stammt von England. Es sind dies 5 Millionen Pfund Sterling oder 100 Millionen Goldmark. Unter welchen Bedingungen die Kredite erteilt worden sind, darüber werden allerlei Mutmaßungen ausgesprochen. So soll die französische Regierung die Zulage gegeben haben, den Bericht der Sachverständigen anzunehmen. Die englischen Blätter lassen keinen Zweifel darüber, daß ohne eine entsprechende Anstrengung Frankreichs der Frank nicht von ausländischen Mächten durch Kredite oder Anleihen dauernd gestützt werden könne.

Deutschland hat wirtschaftlich kein Interesse am Niedergang des Franken. Die Schadenfreude über den Franksturz, die vielfach geäußert wurde, erklärt sich wohl auch mehr aus politischen Gründen. Nachdem Poincaré so oft Deutschland den betrügerischen Bankrott vorgeworfen, und durch seine Reden den Sturz der Mark gefördert hat, brauchte man wirklich kein Katorakiss zu sein, um über den Ausfall des Unterrichts für die französischen Nachbarn Genuß zu empfinden. Aber von vornherein traten die wirtschaftlichen Schäden außerordentlich stark in Erscheinung. Deutschland, das ohne ein unter einer schweren Wirtschaftskrise litt, wurde jetzt von einem starken Warenangebot überflutet, bei dem die infolge des Franksturzes wesentlich niedriger als die deutschen Preise waren. Auf die Dauer wäre dieser Zustand für die deutsche Volkswirtschaft ebenso unerträglich gewesen wie die deutsche Schleiherkonkurrenz zur Zeit der Markentwertung seinerzeit unseren Nachbarländern geschadet hat. Auch für Deutschland bewährte sich beim Franksturz das, was jetzt englische Blätter als Anzeichen für die Interventionen für den Frank angeben, nämlich, daß eine einmütige Währung eine Bedrohung für die gesamte zivilisierte Welt und ihre Wirtschaft bedeutet. Insofern ist auch Deutschland an einer Stabilisierung des Frankturfs interessiert. Diese wird aber nur eintreten, wenn Frankreich eine vernünftige Regelung der Reparationsfrage nicht wieder von sich weist.

Ob aus der plötzlichen Besserung des Frank auch deutschen Wirtschaftskreisen Schaden erwachsen ist, läßt sich vorerst nicht übersehen. Die faule Stimmung am gestrigen Effektenmarkt wird damit in Zusammenhang gebracht. Es verlautet nämlich, daß einzelne Firmen durch die Einfuhr von Waren Frankturfschulden eingegangen sind, die ungedeckt waren, und die bei der Besserung des Frankturfs große Verluste zu bringen drohten. Durch Aktienverkäufe habe man für die Frankturfschulden Deckung zu schaffen gesucht. Es muß dahingestellt bleiben, ob die Verluste, die vereinzelt sicherlich zu verzeichnen sein werden, erheblich sind. Jedenfalls sind frühere Geschäftsergebnisse des Marktes bisher nicht zu verzeichnen gewesen.

Moskau verleiht Monopole an Stinnes!

Die Firma Hugo Stinnes hat einen Vertrag mit dem allrussischen Rappithasandikat abgeschlossen, durch den sie den Alleinverkauf des russischen Benzins und Schmieröls für Deutschland, die Tschechoslowakei und Skandinavien erhalten hat. Das Abkommen läuft zunächst ein Jahr, kann aber verlängert werden unter besonderer Berücksichtigung der Stinnes-Firma. Die Rappithasandierungen werden sofort aufgenommen.

Selbstverständlich kann Rußland, das jetzt noch unter den Folgen einer schweren Wirtschaftskrise leidet, nicht umhin, dem ausländischen Kapital Zugeständnisse zu machen, wenn es die Warenzufuhr steigern will. Es ist auch an sich gleichgültig, mit welcher Firma oder mit welchem Konzern die Sowjetregierung oder ihre untergeordneten Wirtschaftszonen derartige Verträge abschließt. Wir hätten gegen den Abschluß also nicht das geringste einzuwenden, wenn die kommunistische Propaganda die Notwendigkeit der von Moskau verfolgten Praxis anerkennt und vor allem die durchaus sich ergebenden Konsequenzen für Deutschland nicht ablehnt.

Die Kommunisten denken selbstverständlich nicht daran, wie denn überhaupt Logik nicht ihre stärkste Seite ist. Wer nicht ihrer Meinung ist, gilt ihnen als „Stinnesrecht“ oder Faschist. Der Name Stinnes ist förmlich zu einem Symbol geworden, unter dem sich kein Kommunist etwas anderes mehr vorstellen kann als den Inbegriff des Bekämpfungswertes, als den Kapitalismus überhaupt, mit dem

der aufrechte Kommunist, geschweige denn eine proletarische Regierung nicht „kollabieren“ darf. Jetzt erhält nun dieser Stinnes aus den Händen der Moskauer Machthaber ein privatkapitalistisches Monopol. Niemand in Deutschland, der Tschechoslowakei oder Skandinavien kann russisches Benzin oder russisches Schmieröl kaufen, ohne der Firma Stinnes einen Zoll zu zahlen — die Sowjetleute aber bezahlen mit dem Geld, das ihnen so zufließt, neben vielem anderen auch die kommunistische Propaganda in Deutschland, die nun wieder die Pflicht hat, täglich einige Dutzend deutscher Arbeiterführer zu „Stinnesknechten“ zu stampeln, während die Stinnespresse ihrerseits den Volkswirtschaftler an die Wand malt, um den Schutz des Kapitals vor Steuern, die Herbeiführung des Ausnahmezustandes und ähnliche schöne Dinge zu begründen. So schließt sich der Kreislauf. Es ist immer das selbe Geld.

Im Lichte dieser Vorgänge wird auch manches verständlich, was sonst schwer oder überhaupt nicht zu verstehen ist. Man begreift z. B., warum die Sowjetregierung für deutsche gemeinwirtschaftliche Betriebe nichts übrig hat. So hat die Berliner Handelsvertretung die deutschen „Sozialen Baubetriebe“, als diese um Hilfeleistungen vorstellig wurden, an das Privatkapital verwiesen! Privatkapitalisten erhalten sowjetrussische Waren, deutsche Genossenschaftsunternehmen bleiben unberücksichtigt.

Man hat oft genug die geistige Verwandtschaft zwischen Bolschewismus und Rechtsradikalismus betont. Es ist nicht uninteressant, hier auch den wirtschaftlichen Zusammenhang dieser beiden Bewegungen sich entwickeln zu sehen. Er ist nur eine natürliche Folge der neuen ökonomischen Politik in Rußland, die in der Fachsprache kurz „Rep“ genannt wird.

Die polnischen Marktstaatsanleihen sollen nach einem vom Ministerrat genehmigten Beschlusse durch die Emission einer fünfprozentigen Konversionsanleihe auf Zloty (Gulden) umgetauscht werden. Zur Konvertierung gelangen die Assignat-anleihe 1918, die kurz- und langfristigen Anleihen 1920, sowie die Millionen-Premienanleihe. Die Konversion tritt am 1. Januar 1925 in Kraft.

Die aktive Handelsbilanz Sowjetrußlands. Das Kommissariat für Außenhandel beschloß zwecks Aufklärung der Handelsbilanz den Export um 8 Millionen Goldrubel zu erhöhen. Gemäß der neuen Bilanz wird der Export für 1924 auf 445 Millionen, der Import auf 342 Millionen Rubel eingeschätzt, so daß die Handelsbilanz mit 103 Millionen Rubel aktiv wird.

Der Bod als Ziergärtner. Der Zentralverband des Deutschen Bau- und Gartengewerbes E. V. hat erklärt, daß er bereit sei, auch in Strafverfahren wegen Leistungsmüßers und anderer wirtschaftlicher Straftaten gegen Banken und Bankiers den Staatsanwalt auf Ersuchen auszustatten zu erteilen. Gutachten zu erteilen oder geeignete Sachverständige zu benennen. Er habe ein lebhaftes Interesse daran, daß einerseits wirklich vorliegende Straftaten der bezeichneten Art gründlich geahndet, andererseits Fehlgänge und Schädigungen der Beteiligten durch Weiterverfolgung unbegründeter Anzeigen möglichst vermieden würden. In einer allgemeinen Verfügung des Justizministeriums wird deshalb, dem „Am über den Preis der“ zufolge, darauf hingewiesen, daß die Staatsanwaltschaften zu erwägen haben werden, ob in geeigneten Fällen ein diesem Anzeigebrauch zu machen ist. — Wir möchten bemerken, daß von einem derartigen Anerbieten möglichst wenig Gebrauch gemacht wird, schon deshalb, weil der Zentralverband in jedem Falle interessierte Partei ist. Der Tatbestand des Leistungsmüßers ist ferner schon heute objektiv gegeben, ohne daß die Banken sich daran stellen. Der Zentralverband hat kürzlich erklärt, er sei bereit, die Prokuren abzugeben, hat aber daran keine Bedingung geknüpft, daß die Börsenumsatzsteuer ermäßigt wird. Obwohl also der Abbau der Prokuren zugestanden werden möglich ist, denkt man nicht daran, sie abzubauen, ehe man mit dem offensichtlichen Wucher noch einen politischen Zweck erreicht hat! Leute, die so

Preisnotierungen für Nahrungsmittel.

Durchschnittseinkaufspreise in Goldmark des Lebensmittel-Einzelhandels je Zentner frei Haus Bari n.

Gerstengrauen, lose ..	16,70—17,25	Röstgetreide, lose ..	16,00—17,00
Gerstengraue, lose ..	16,00—17,00	Kakao fettarm ..	110,00—12,00
Haisrücken, lose ..	18,25—19,00	Kakao, leicht entölt ..	130,00—133,00
Haisrücken, lose ..	15,75—16,25	Tea, zuchonch, gepackt ..	350,00—420,00
Ro-gemehle 0/1 ..	32,75—34,00	Tea, indischer, gepackt ..	425,00—475,00
Weiz-mehl ..	13,00—13,80	Inlandszucker basis me ..	40,—42,00
Hartweiz ..	21,00—23,50	Inlandszucker Raffinade ..	42,50—44,50
7% Weizenmehl ..	14,50—16,00	Zucker Würfel ..	46,00—48,00
Weizen-Auszugmehl ..	17,00—1,00	Kunsthonig ..	40,—45,00
Speise-Isen, Viktoria ..	19,00—22,70	Zac-erstrup hell in Elm ..	49,00—
Speise-Isen, kleine ..	14,00—17,00	Speiseisrup dunkl in Elm ..	33,00—35,00
Bohnen, weiße, Peri ..	20,25—24,00	Marmelade Eintr. Erb ..	108,00—113,00
Langbohnen, handverles ..	3,10—31,0	Warmeade Vierfrucht ..	40,00—55,00
Linsen, kleine ..	26,00—32,00	Pflaumenmus in Eisern ..	46,00—50,00
Linsen, mittel ..	36,50—42,00	Steinsalz, lose ..	3,4—4,00
Linsen, große ..	43,0—49,50	Siedesalz lose ..	3,20—4,00
Kartoffel-mehl ..	16,0—18,00	Bratenschmalz in Tierces ..	68,00—
Makkaroni ..	48,00—49,00	Bratenschmalz in Köbeln ..	70,00—
Makkaroni-mehl ..	37,00—38,50	Purelard in Tierces ..	67,00—
Schnittmehl n, lose ..	21,00—23,00	Purelard in Kisten ..	68,00—69,00
Biruchren ..	15,25—17,50	Speisetalg in Packung ..	48,00—52,00
Ran, von Reis ..	17,00—19,50	Speiseta: in Köbeln ..	47,00—49,00
Tafelreis, asiatis, Patna ..	21,00—21,50	Margarine, Handelsm. I ..	56,0—
Tafelreis, java ..	31,00—36,00	desgl. II ..	48,00—52,00
Rin-Apfel, amerik. ..	110,00—12,00	Margarine, Speisem. I ..	76,00—
Geir-Pflaumen 50/100 ..	41,00—48,00	desgl. II ..	60,00—65,00
Pflaumen, entsteint ..	52,00—55,00	Mol-erelauter i Pflaumen ..	20,00—
Rosinen in Kisten, Candia ..	75,00—80,00	Mol-erelauter in Pack ..	216,00—
Sultaninen Carab-anna ..	85,00—95,00	Landbutter in Fässern ..	110,00—
Korinthen, choice ..	80,00—85,00	Landbutter in Packungen ..	188,00—
Mandeln, süße Bari ..	145,00—160,00	Auslandbutter ..	205,00—211,00
Mandeln, bittere Bari ..	135,00—150,00	Corned beef 12 1/2 lbs p. K ..	35,00—36,00
Zimt (Cassia) ..	110,00—120,00	Speck, gesalzen, fett ..	62,00—66,00
N. Gemmel, holländischer ..	185,00—165,00	Quarkkäse ..	40,00—50,00
Schwarzer Pfeffer zingap. ..	98,00—106,00	Quarkkäse ..	35,00—39,00
Weißer Pfeffer ..	120,00—141,00	Illustrierte Käse, vollfett ..	115,00—125,00
Rohkaffee Brasil ..	180,00—215,00	Tilsiter Käse, halbfett ..	50,00—55,00
Rohkaffee Zentr. Amerika ..	240,00—260,00	Ausl. ungezuck. Condens- ..	23,00—25,00
Rohkaffee Brasil ..	240,00—260,00	milch 48/16 ..	18,0—19,00
Pöstkaffee Zentralam. ..	315,00—400,00	Isl. ges. Condensm 48/14 ..	28,50—29,50
Malzkaffee, gepackt ..	23,00—25,00		

Heutige Umrechnungszahl 1000 Milliarden

handelt, zur Verwirrung in der Frage des Besetzungsmachers heranzuziehen, hieße denn doch wohl den Bod zum Ziergärtner machen. Wir jedenfalls zweifeln nicht daran, daß sie für die „kleinen“ Wogeelen, die heute üblich und in der Masse offenbar auch ganz einbringlich sind, genügend Entschuldigungsgründe finden werden.

Der Güterverkehr auf den Binnwasserstraßen. Aus den amtlichen Angaben über den Güterverkehr auf den deutschen Binnwasserstraßen ergibt sich, daß das Jahr 1923 sehr ungünstig abschloß. Im Jahre 1922, in dem nur etwa 60 Proz. der Gütermengen der Vorkriegszeit auf den deutschen Wasserstraßen gefördert worden sind, wurden immerhin noch rund 86 Millionen Tonnen Güter im Binnverkehr verschifft. Im Jahre 1923 aber nur 15,6 Millionen Tonnen. Dieser Güterverkehr macht nur 27 Proz. des Vorkriegsverkehrs aus. Ohne Zweifel ist daran die schwere Lähmung der deutschen Wirtschaft durch den Ruhrkampf schuld. Aber es wäre falsch anzunehmen, daß etwa nur die Binnenschiffahrt, die unmittelbar von der fremden Besatzungspolitik berührt worden ist, gelitten hätte. Ohne Ruhr und Rhein hat die deutsche Binnenschiffahrt 1922 10,2 Millionen Tonnen Güter befördert, 1923 aber nur 7,9 Millionen Tonnen. In diesen Ziffern spiegelt sich die Güternappheit und die wirtschaftliche Erstarrung Deutschlands während des Ruhrkampfes wider. Zu einem Teil war die Minderung der Transporte auf den Binnwasserstraßen allerdings auch dadurch bedingt, daß infolge der Inflation die Reichsbahn mit den Tarifen der Geldwertverwertung nicht zu folgen vermochte, wodurch die Bahntransporte im Verhältnis zu den Wassertransporten erheblich wurden.

Die italienische Anleihe an Polen. Der Vertrag einer italienischen Anleihe an Polen wurde am Dienstag zwischen Mussolini und dem polnischen Gesandten in Rom unterzeichnet. Die Anleihe lautet über 100 Millionen Goldlira. Sie wird von der italienischen Regierung unterstützt und wird von der Banca Commerciale Italiana zur Zeichnung aufgelegt. Die italienische Regierung garantiert das Zustandekommen der Anleihe. Die polnische Regierung hinterlegt als Sicherheit für die Anleihe Schiffsverträge auf das polnische Tabakmonopol und verpflichtet sich, aus Italien pro Jahr 2000000 Kilogramm Tabak zu beziehen. Die Anleihe ist in 20 Jahren rückzahlbar. Der Zinssfuß beträgt 7 Proz. Eine offizielle Mitteilung warnt in der italienischen Presse davor, die politische Bedeutung dieser Finanzoperation zu überschätzen.

Die Dresdener Messe, die in dieser Woche stattfand, entsprach vollkommen der der Königsberger und der Leipziger. Die Zahl der Besucher stieg gegen die der letzten Herbstmesse außerordentlich. Neue Kundentriebe, insbesondere aus norddeutschen Bezirken, Ostpreußen, Ungarn und Italien, machten sich bemerkbar bis zu 50 Proz. der Käuferkraft aus. In der Textil- und Schuhbranche war das Geschäft sehr befriedigend. Der Möbelmarkt hatte gegen die Inflationszeit eine sehr erfreuliche Belebung zu verzeichnen. Haushaltsartikel hatten wie üblich sehr gutes Geschäft, was bei den Anforderungen, die nach Beendigung der Inflationszeit von den Aufstellern gestellt werden, einer sehr bedeutenden Verbesserung des Gesamtgeschäfts entspricht. Die Bijouteriebranche sowie besonders die Spielwarenbranche waren mit ihren Umsätzen ebenfalls sehr zufrieden, da sie viel neue Kundenschaft erhalten haben. In der chemisch-technischen Branche machte sich die Konkurrenz französischer Einfuhrartikel merklich fühlbar.

Erneuerung eines Handelsvertrags. Am 16. März ist der durch den Weltkrieg aufgehobene Handelsvertrag zwischen Deutschland und Nicaragua vom 4. Januar 1896 durch Notenaustausch erneuert worden. Im Gegensatz zu dem Artikel 31 des alten Vertrages läuft der Vertrag nunmehr mit dreimonatiger Kündigungsfrist. Der Vertrag, der in Nicaragua inzwischen in Kraft getreten ist, bedarf in Deutschland noch der Ratifikation.

Sämtliche 3 Sechstagesdiesjährigen Rennen,

die schärfsten Reifenprüfungsfahrten, wurden überlegen auf „Continental“ gewonnen. Auch das toeben beendete 2. Berliner Sechstages-Rennen war ein Sieg für „Continental“.

Velodrom, Kaiserdamm, 6. bis 12. 3. 1924

Sieger
Huschke-Krupkat
2^o Olver/Tonani

Der Weltrekord wurde geschlagen und ein neuer mit 4544 km aufgestellt

auf

Continental
Reifen

Deutschlandfahrt für Motorräder 3200 km durch Schnee und Eis — „Continental“ ein weitaus erster Stelle. 15 goldene, 9 silberne, 21 bronzenne Plaketten wurden auf ihm gewonnen.

Sparfam wirtschaften

Nicht Süßhoff. Er spart teuren Zucker, ist rein, süß und bekömmlich. Nicht zuviel nehmen, nach Geschmack zusehen. Probekostprobe nur 5 Pf. Überall erhältlich

Als Geschäftseinlage
sucht rechtlich, abnehmendes Unternehmen zur Vergrößerung
50- bis 100000 Mark

erst, mehr, und höher für die nächsten 2 Jahre eine Beteiligung von wenigstens 15 Prozent pro Jahr zu hohen Zinsen! Große Werte, eigene Sachanlagen und eine Reihe Detailschlüsse vorhanden. Sehr detailliert unter Nr. 39 an die Hauptredaktion dieses Blattes.

Nagelpflege-Garnituren Kopp & Joseph
BERLIN W
in vornehmer Ausstattung. Potsdamer Str. 122.

Öel-Mühlen-Einrichtungen
für Hand u. Kraft

Erste bezahlbare
A. Weber & Co.
Ludwigslund

Er

beschäftigt über 2500 Facharbeiter und Angestellte. „Er“ vertritt durch seine anerkannte Pabform allen Deutschen wieder einen autred in Gang. „Er“ wandert aus der Fabrik nach 6 V. schen vorzüglichster Bearbeitung nur direkt in unsere 114 Verkaufsstellen.

„Er“ ist unerhört billig!

„Er“ wird morgen an dieser Stelle ein besonderes Angebot bringen.

66
Das gute Sommer
TACK SCHUM

Beweisanträge im Hitler-Prozess.

Loffow erhält Ordnungsstrafe. — Seißer im Kreuzverhör.

Eine peinliche Erinnerung.

Hilfer: Haben sich Exzellenz durch die Pistole des Postens im Nebenzimmer bedroht gefühlt?

Loffow: Die ganzen Vorgänge waren unter einem ausgesprochenen Zwang einige Jahre vorher schon ausgedrückt worden ist und daß dieser Zwang Herrn v. Kahr zum Ministerpräsidenten gemacht?

Loffow verläßt den Saal.

Am Schluß der Mittagspause kommt es zu einem neuen sehr wesentlichen Zwischenfall. Hilfer richtet an Loffow die Frage, ob auch er der Ansicht sei, daß Hilfer seine Zusage, er werde sich neutral verhalten, gebrochen habe.

Hilfer (Schreiend): Ich betone, daß ich gegen die drei Herren nicht feindselig vorgegangen bin. Es handelte sich im Bürgerklub nur um die Ausübung eines längst besprochenen Planes.

Loffow (sehr erregt): Wenn Sie mich fragen, so antworte ich Ihnen: „Das war der Hilfer mit dem höchsten Gewissen.“

Hilfer (in höchster Erregung): Wenn Sie mir das zu sagen wagen, dann behaupte ich: Der einzige Mensch, der sein Ehrenwort vom 1. Mai gebrochen hat, ist nicht Hilfer, sondern der General v. Loffow gewesen!

General v. Loffow, der sich schließlich in höchster Erregung befindet, beherrscht sich sehr mühsam, macht dann eine kurze Verbeugung und verläßt wortlos den Gerichtssaal.

Da die Aufregung jedoch zu groß war, sah sich der Vorsitzende genötigt, die Sitzung auf zwei Stunden zu unterbrechen.

Beweisanträge der Verteidigung.

Nach Wiedereröffnung der Sitzung übergab Rechtsanwalt Dr. Hoff eine eidesstattliche Erklärung von 14 Personen darüber, daß die Rede des stellvertretenden Generalstaatsanwalts als richtig anerkannt werden müsse.

Rechtsanwalt Roder: Hilfer kämpft mit jeder Faser seines Herzens für seine Ehre. Hier müssen Unterschiede zwischen ihm und der ungeschicklichen Art gemacht werden, in der der Zeuge heute den ganzen Vormittag geredet und die Verteidigung verhöhnt hat.

Loffow sein Wort gebrochen und das faktisch mit den Worten zugegeben hat: „Ich kann mich ja den Weimardokumente nennen.“

Hilfer und ich wollten daselbst, Hilfer ist nur vorgeprescht. Ferner, daß Loffow geäußert habe: Wir wollen ja auch den Staatsstreich, wie waren uns nur über den Zeitpunkt des Ausschlags nicht einig.

Rechtsanwalt Roder: Hilfer kämpft mit jeder Faser seines Herzens für seine Ehre. Hier müssen Unterschiede zwischen ihm und der ungeschicklichen Art gemacht werden, in der der Zeuge heute den ganzen Vormittag geredet und die Verteidigung verhöhnt hat.

Loffow im Frühjahr 1923 seinen Eid gebrochen habe. A. L. Quatgenbrune reichlich für Ludendorff dem Gericht ebenfalls einen umfangreichen Beweisantrag ein, der die Ladung einer Reihe von Zeugen u. a. dafür, daß Kahr am 10. November abends in der Kaserne von 19 geäußert habe.

Hilfer und ich wollten daselbst, Hilfer ist nur vorgeprescht. Ferner, daß Loffow geäußert habe: Wir wollen ja auch den Staatsstreich, wie waren uns nur über den Zeitpunkt des Ausschlags nicht einig.

Rechtsanwalt Roder: Hilfer kämpft mit jeder Faser seines Herzens für seine Ehre. Hier müssen Unterschiede zwischen ihm und der ungeschicklichen Art gemacht werden, in der der Zeuge heute den ganzen Vormittag geredet und die Verteidigung verhöhnt hat.

Loffow im Frühjahr 1923 seinen Eid gebrochen habe. A. L. Quatgenbrune reichlich für Ludendorff dem Gericht ebenfalls einen umfangreichen Beweisantrag ein, der die Ladung einer Reihe von Zeugen u. a. dafür, daß Kahr am 10. November abends in der Kaserne von 19 geäußert habe.

Hilfer und ich wollten daselbst, Hilfer ist nur vorgeprescht. Ferner, daß Loffow geäußert habe: Wir wollen ja auch den Staatsstreich, wie waren uns nur über den Zeitpunkt des Ausschlags nicht einig.

ne n. Graefe-Goldebeck und Oberstleutnant Düsterberg. Ferner enthält der Beweisantrag Angaben über das Stärkeverhältnis und die Ausrüstung der Ehrhardt-Truppen und den Grenschuß an der bayerisch-schlesischen Grenze.

Staatsanwalt Chardi gab für die Vertreter der Anklage dazu die Erklärung ab: „Die Staatsanwaltschaft besteht angesichts dieser Beweisanträge der Verteidigung ebenfalls auf die Ladung der von ihr benannten Zeugen.“

Der Vorsitzende verlies dann noch einen bei ihm eingegangenen Brief des Wehrkreiskommandos, wonach der Kommandeur des in Kempten garnisonierenden Bataillons Infanterie-Regiment 19 entschieden in Abrede stellt, daß er vor den bayerischen Verbänden geredet habe, General v. Loffow habe den Marsch nach Berlin gepredigt.

Loffow verweigert sein Erscheinen.

Hierauf sollte Loffow noch einmal vernommen werden. Zur allgemeinen Ueberraschung teilte der Vorsitzende hierzu mit, daß Loffow nach den Vorgängen, die sich heute vormittag abspielten, nicht mehr in das Gericht kommen werde.

Rechtsanwalt Roder: Das ist doch keine Art und Weise, dann muß General v. Loffow eben gezwungen werden. Justizrat Schramm: Das ist eine Brückensituation der Verteidigung und eine Inkontinenz gegenüber dem Gericht.

Loffow verweigert sein Erscheinen. Hierauf sollte Loffow noch einmal vernommen werden. Zur allgemeinen Ueberraschung teilte der Vorsitzende hierzu mit, daß Loffow nach den Vorgängen, die sich heute vormittag abspielten, nicht mehr in das Gericht kommen werde.

Seißer im Kreuzverhör.

Hierauf wurde dann Oberst v. Seißer von der Verteidigung befragt. Er erklärte gleich zu Eingang seiner Rede, er wünsche von Oberstleutnant Kriebel eine Bestätigung darüber, daß Dr. Weber ihn, dem Zeugen, am 6. Oktober erklärt habe, bei einem Antritt zwischen Kahr und Hilfer werde der Bund „Oberland“ sich selbstverständlich auf die Seite Kahrs stellen, da er seine Verpflichtungen gegenüber dem „Kampfbund“ voranstelle.

Rechtsanwalt Hoff: Herr Oberst Seißer, Sie sollen am 27. Oktober in einer Vernehmung der Münchener Polizeioffiziere in der Türkenlaserer gewesen sein und dort folgende Ausführungen gemacht haben: „In Berlin herrscht eine Judenexekution, die unfähig ist, die Inge in Ordnung zu bringen.“

Oberst v. Seißer: Ich habe den Eid aller Offiziere an, die dabei gewesen sind, daß ich in meinem ganzen Leben nie solchen Unsinn geredet habe. Ich bitte dem Gericht 80 Offiziere hierfür als Zeugen an, daß die Darstellung des Herrn Verteidigers unrichtig ist.

Rechtsanwalt Hoff: Haben Sie auch nicht davon gesprochen, daß Herr v. Kahr den Zusammentritt des Landtages verhindern werde? Oberst v. Seißer: Nein. Das ist eine Verdrehung, die jetzt erst konstruiert wird.

Rechtsanwalt Hoff: Haben Sie auch nicht davon gesprochen, daß Herr v. Kahr den Zusammentritt des Landtages verhindern werde? Oberst v. Seißer: Nein. Das ist eine Verdrehung, die jetzt erst konstruiert wird.

Rechtsanwalt Hoff: Haben Sie auch nicht davon gesprochen, daß Herr v. Kahr den Zusammentritt des Landtages verhindern werde? Oberst v. Seißer: Nein. Das ist eine Verdrehung, die jetzt erst konstruiert wird.

Rechtsanwalt Hoff: Haben Sie auch nicht davon gesprochen, daß Herr v. Kahr den Zusammentritt des Landtages verhindern werde? Oberst v. Seißer: Nein. Das ist eine Verdrehung, die jetzt erst konstruiert wird.

Rechtsanwalt Hoff: Haben Sie auch nicht davon gesprochen, daß Herr v. Kahr den Zusammentritt des Landtages verhindern werde? Oberst v. Seißer: Nein. Das ist eine Verdrehung, die jetzt erst konstruiert wird.

Der Zeigner-Prozess.

Das Gericht nicht besangen!

Nach dreieinhalbstündiger Konferenz lehnt das Gericht den Antrag der Verteidigung mit der Begründung ab, daß die politische Einstellung und Zugehörigkeit zu einer Partei und auch die politische Betätigung nicht die Begründung einer Befangenheit begründe.

Bandgerichtsdirektor v. Miasowsky habe dienstlich erklärt, daß ihm wegen seiner politischen Betätigung als Vorhaltungen im Dienste gemacht worden seien. Das zeitliche Studium der Akten habe nur dem Interesse des Angeklagten gedient.

Die Anklage.

Darauf wird in die Verhandlung eingetreten, und die Angeklagten werden vernommen. Karl Rössius, 1882 geboren, ist Fabrikant und vor vielen Jahren wegen Diebstahls mit 4 Wochen Gefängnis bestraft.

Der dritte Punkt der Anklage beschäftigt sich mit der Angelegenheit eines Büchers Grammer, der vom Buchergericht wegen Schleichhandels zu 2 Monaten Gefängnis und 10 000 M. Geldstrafe verurteilt war.

Rechtsanwalt Hoff: Haben Sie Ende Oktober den Polizeioffizieren erklärt, daß zwischen Kahr und Hilfer einige Differenzen beständen, und zwar hätte Kahr ein Reichsdirektorium an, während Hilfer das Direktorium von München aus einleiten und dann die Bewegung mit Gewalt nach Norden treiben wollte.

Zeuge v. Seißer: Das kann sehr wohl sein. Rechtsanwalt Hoff: Haben Sie Ihrer Gattin in der Nacht zum 9. November vor der Inspektorkaserne aus nicht telephonisch mitgeteilt, daß Sie Reichspolizeiminister geworden sind, haben Sie ferner nicht einem Herrn, der dieses Gespräch mit angehört hat, erklärt, er werde aus dem Dienst entlassen, wenn er darüber aussage?

Oberst v. Seißer: Auch das ist unrichtig. Im übrigen teile ich Ihnen auch hier mit, daß der in Frage kommende Offizier, der Hauptmann Schweinle, selbst bei mir war und erklärt hat, er habe sich bezüglich dieses Telefongesprächs geirrt.

Rechtsanwalt Hoff: Wenn der Verteidigung von den Zeugen so schroff entgegengetreten wird, dann kann ich selbst auch ganz andere Seiten aufsuchen. Haben Sie, Herr Oberst, Ehrhardt einen Paß für Bayern ausgestellt?

Zeuge v. Seißer: Ueber diese Angelegenheit ist hier ein Phantasiegebäude errichtet worden, das ich auch gleich zerstören werde. Ehrhardt kam eines Tages zu mir und erklärte, er müsse in Sachen seines Verbandes zu einer Besprechung mit der Polizeidirektion nach Nürnberg fahren.

Ehrhardt einen Ausweis ausgestellt, daß er dienstlich nach Nürnberg oder Oberbayern zu fahren habe und daß ihm keine Schmiergelder zu machen seien.

Es kam dann noch zu einem weiteren Zusammenstoß zwischen A. L. Hoff und Oberst v. Seißer, da der Anwalt behauptete, daß Oberst v. Seißer bezüglich des Angeklagten Dr. Weber eine unkorrekte Aussage gemacht habe.

Ob die Angeklagten schuldig seien, wenn sie dem Vorgehen der Herren Kahr, Loffow und Seißer gefolgt seien. A. L. Roder betonte dabei, bei Angeklagten hätte in Notwehr gehandelt, da, wie Hilfer gestern vorgebracht habe, in Berlin ein Aufruhr ausgebrochen sei, das die höchsten Güter der Nation zu verschüttern verurteilt habe.

Ob die Angeklagten schuldig seien, wenn sie dem Vorgehen der Herren Kahr, Loffow und Seißer gefolgt seien. A. L. Roder betonte dabei, bei Angeklagten hätte in Notwehr gehandelt, da, wie Hilfer gestern vorgebracht habe, in Berlin ein Aufruhr ausgebrochen sei, das die höchsten Güter der Nation zu verschüttern verurteilt habe.

Ob die Angeklagten schuldig seien, wenn sie dem Vorgehen der Herren Kahr, Loffow und Seißer gefolgt seien. A. L. Roder betonte dabei, bei Angeklagten hätte in Notwehr gehandelt, da, wie Hilfer gestern vorgebracht habe, in Berlin ein Aufruhr ausgebrochen sei, das die höchsten Güter der Nation zu verschüttern verurteilt habe.

Loffow erhält Ordnungsstrafe.

Nach mehr als halbstündiger Beratung verurteilte der Vorsitzende den Gerichtsbeschluss, daß der Zeuge v. Loffow, weil er sich ohne Erlaubnis von der Berechnung entfernt habe, zu den durch diese Verzögerung entstandenen Kosten und zu einer Geldstrafe von zehn Mark (10) im Richteramtverhältnis zu einem Tag Haft verurteilt werde.

Ob die Angeklagten schuldig seien, wenn sie dem Vorgehen der Herren Kahr, Loffow und Seißer gefolgt seien. A. L. Roder betonte dabei, bei Angeklagten hätte in Notwehr gehandelt, da, wie Hilfer gestern vorgebracht habe, in Berlin ein Aufruhr ausgebrochen sei, das die höchsten Güter der Nation zu verschüttern verurteilt habe.

Ob die Angeklagten schuldig seien, wenn sie dem Vorgehen der Herren Kahr, Loffow und Seißer gefolgt seien. A. L. Roder betonte dabei, bei Angeklagten hätte in Notwehr gehandelt, da, wie Hilfer gestern vorgebracht habe, in Berlin ein Aufruhr ausgebrochen sei, das die höchsten Güter der Nation zu verschüttern verurteilt habe.

Urtel Kenntnis erhielt, trat er an Brandt heran und forderte ihn auf, durch Rechtsanwalt Dr. Reizner ein Gesuch um Erlass der Freiheitsstrafe einreichen zu lassen;

er könne es durch seine Beziehungen im Justizministerium durchdrücken.

Brandt handigte dieses Gesuch „zu Händen des Justizministers“ aus und legte fünf Tausendmarktscheine bei. Das Geld behielt Möbius für sich. Möbius soll dann in Dresden eine Zusammenkunft zwischen Reizner und Brandt in einem Café vermittelt haben, wobei Dr. Reizner 22 000 M. in einem offenen Briefumschlag übergeben wurden mit den Worten: „Bitte, kümmern Sie sich um meine Sache.“ Dr. Reizner soll das Geld mit den Worten: „Herr Brandt, Sie können sich darauf verlassen, Sie brauchen keine Sorge mehr zu haben,“ zu sich gesteckt haben. 2000 M. soll Dr. Reizner Möbius gegeben haben, den Rest im Interesse seiner Partei verwendet haben.

Der vierte Punkt der Anklage bezieht sich auf die Kaufleute Friedrichson und Pribrorsky, welche in Leipzig ein Juwelieregeschäft betrieben. Beide waren wegen Schieberei zu je vier Monaten Gefängnis verurteilt. Sie wendeten sich an Möbius, dessen Beziehungen zu Reizner sie kannten. Tatsächlich vermittelte Möbius eine Begnadigung zwischen Pribrorsky und Dr. Reizner, der ein Gnabengesuch an sich nahm. Drei Wochen später soll dann Möbius an Pribrorsky herangetreten sein mit dem Ansinnen, sich erkenntlich zu zeigen. Zusammen mit Friedrichson ist Möbius später zu Dr. Reizner nach Dresden gefahren. Friedrichson nahm ein Päckchen mit 3000 M. Papiergeld, einem Brillantkollier und einem Brillantring mit. Das Geld soll Dr. Reizner bei dem Besuch an sich genommen haben, während er

den Schmuck an Möbius mit dem Bemerkten zurückgab, ihn Friedrichson wieder auszuhandeln.

Möbius hat aber die Sachen für sich verwendet. Außerdem soll Möbius für seine Bemühungen noch eine Borsumme und einen Siegelring bekommen haben, nachdem er erklärte, den ersten Ring habe Reizner behalten. In der Sache selbst hat Dr. Reizner schließlich als Ministerpräsident entgegen der Ablehnung der zuständigen Referenten und der Staatsanwaltschaft dem Gesamtministerium eine Umwandlung der Gefängnisstrafe in eine Geldstrafe vorgeschlagen.

Der fünfte Punkt betrifft die ukrainischen Staatsangehörigen Zacharias und Salomon Schmörder, deren Gesuch um Aufenthaltsgenehmigung abgelehnt worden war. Auch sie wendeten sich an Möbius, der ihre Bekanntschaft mit Dr. Reizner vermittelt haben soll. Reizner soll selbst ein Gesuch um Aufenthaltsgenehmigung diktiert und es dem Innenminister Lipinski überreicht haben. Für einen billigen Preis erhielt er Futter für seinen Pelz und als später ein weiteres Gesuch lief, soll Salomon Schmörder Dr. Reizner in ein Geschäft eingeladen haben, um einen Pelz auszusuchen. Obwohl der Pelz Dr. Reizner zunächst zu teuer war, soll er später doch gekauft worden sein. Als Reizner Ministerpräsident wurde, hat er dann aus eigener Machtvollkommenheit die erbetene Aufenthaltsgenehmigung auf Widerruf gewährt.

In diesem letzteren Vorkommnis sieht die Staatsanwaltschaft zwar keine Pflichtverletzung, aber die Tatsache der Beeinflussung durch Zuwendung.

Der sechste Punkt der Anklage betrifft die Angelegenheit eines Käferbesizers Schmidt, der wegen Schleichhandels zu einem Monat Gefängnis und 2000 M. Geldstrafe verurteilt worden war. Dem von ihm beim Justizminister eingereichten

Gnabengesuch legte der Beurteilte 1000 Mark bei, die Möbius als Mittelsmann für sich behielt.

Die Vernehmung.

In der Nachmittags-Sitzung schilderte Dr. Reizner zunächst seinen militärischen Werdegang und wie er als einfacher Schreiber eines Tages die Bekanntschaft von Möbius machte, der ihn wegen einer Anzeige in der erwähnten Wahlaffäre aufsuchte. Bei diesem Anlauf kam es zu dem Mehlverkauf. In einer übereilten Gefühlsaufwallung habe er, als der Verdacht einer Mehl-schiebung in ihm aufstieg, das Aktienstück vernichtet, was an sich sinnlos und zwecklos gewesen sei. Ueber seinen sonstigen Lebenslauf erzählt Reizner, daß er sich im September 1919 der Sozialdemokratischen Partei angeschlossen habe, nachdem er sich schon vorher im Soldatenrat betätigt. Er widmete sich in der ersten Zeit der Arbeiterbildungsstätigkeit. Nach Rücktritt des Justizministers Dr. Harnisch sei man an ihn mit der Aufforderung herangetreten, das Justizministerium zu übernehmen. Die Frage des Fortbestehens, ob sich dadurch seine finanzielle Lage gebessert habe, gibt er mit dem Bemerkten zu, daß aber auch die Aufwendungen durch die Übernahme des Amtes größer geworden seien.

Als Reizner Justizminister geworden war und an dem Sonnabend nach Leipzig kam, um seine Familie zu besuchen, holte ihn Möbius vom Bahnhof ab. Einem Tages suchte Möbius in Abwesenheit Dr. Reizners dessen Wohnung auf und wurde vom Mädchen in sein Kabinett gelassen. Bei dieser Gelegenheit wählte er in den im Zimmer liegenden Aktenschrank und fand u. a. eine Notiz betr. Grammer, dessen Gefängnisstrafe auf ein Gnabengesuch hin zu einer Geldstrafe von 18 000 M. umgewandelt worden war. Nach Möbius' Darstellung, die er dem Gericht gibt, besuchte er jetzt den Grammer, nur um ihn kennen zu lernen. Nach einigen Tagen verfertigte er dann aus einem alten Steuerzettel ein amtliches Protokoll, aus dem zu ersehen sein sollte, daß die Gefängnisstrafe in eine Geldstrafe umgewandelt ist. Er wollte, wie er sagt, Grammer nur eine kleine Freude bereiten,

und hoffte, daß er sich ihm dafür erkenntlich zeigen würde. Gedroht habe er ihm nicht, daß, wenn er nichts bekäme, Grammer seine Strafe doch wegbekommen würde.

Ferner bestreitet Möbius die Richtigkeit der von ihm dem Staatsanwalt Fiedler gemachten Aussagen.

Er habe die Unwahrheit gesagt.

Reizner habe ihn nicht aufgefordert, den Grammer aufzusuchen und ihn zu fragen, was die Bemädigung wert sei. Unwahr sei auch, daß Dr. Reizner ihm ein Formular zugestickt habe und daß er ihm gesagt habe, wenn auch zehn Zeugen im Falle Grammers was anderes aussagen sollten, möge er bei keinen Auslagen bleiben, und er habe die Unwahrheit gesagt, weil Staatsanwalt Fiedler ihm erklärt habe, Reizner lasse ihn doch sitzen, und er sich entschlüssen sollte. Ebenso wäre keine Aussage unwahr gewesen, daß Dr. Reizner ihm empfohlen hätte, sich einen Speigbart wachsen zu lassen, damit Grammer nicht insstande wäre, ihn wieder zu erkennen. Als der Vorsitzende ihm vorhält, daß Rechtsanwalt Reizner ausgelegt habe, daß Möbius sich geübert haben soll, er sei

von Juden gestellt worden, seine Aussage zu ändern, bestreitet es Möbius und behauptet, daß

im Gegenteil Reizner ihm geraten hat, er solle alles auf Reizner abwälzen.

Reizner habe ihm auch mitgeteilt, daß in den Zeitungen gestanden habe, er, Möbius, sei ein Justizverfeiler. Auch habe Möbius ihm versprochen, er würde seine Verteidigung übernehmen und eine Bewährungsfrist für ihn erwirken.

Der Angeklagte Möbius spricht so unbestimmt und zelle, daß er am Pressefleisch kaum zu vorstehen ist. Dr. Reizner gibt keine Auslagen klar und bestimmt. Nach verschiedenen Vorhaltungen des Vorsitzenden wird die Verhandlung um 7 Uhr abends abgebrochen.

Jugendveranstaltungen.

Heute, Sonnabend, den 15. März:

Abend: 7 Uhr, Fortbilden-Konferenz im Jugendheim, Lindenstr. 2. Tagesordnung: „Unsere Frühjahrsaktion und Sommerarbeit.“ Ohne Mitgliedsbuch und Ausweis kein Zutritt. — Die Konzepte müssen unbedingt auf der Konferenz abgerechnet werden.

Morgen, Sonntag, den 16. März:

Abend: 7 Uhr, in der Aula des Friedrich-Schiller-Gymnasiums, Lindenstr. 2. Tagesordnung: „Unsere Frühjahrsaktion und Sommerarbeit.“ Ohne Mitgliedsbuch und Ausweis kein Zutritt. — Die Konzepte müssen unbedingt auf der Konferenz abgerechnet werden.

Abend: 8 Uhr, in der Aula des Friedrich-Schiller-Gymnasiums, Lindenstr. 2. Tagesordnung: „Unsere Frühjahrsaktion und Sommerarbeit.“ Ohne Mitgliedsbuch und Ausweis kein Zutritt. — Die Konzepte müssen unbedingt auf der Konferenz abgerechnet werden.

Kennen Sie

Nährflocks?

Sie haben Gelegenheit sich von dem Wohlgeschmack der solartigen Verwendbarkeit und der mühelosen Zubereitung durch eine

Kostprobe

an unserem Stand im

Kaufhaus Wertheim, Königsstrasse,
Kaufhaus Wertheim, Leipziger Strasse,
Kaufhaus Ties, Frankfurter Allee,
Kaufhaus Ties, Leipziger Strasse

zu überzeugen — Unentgeltliche Abgabe von Kostproben während des ganzen Tages ohne jeden Kaufzwang.
 Deutsche Nährflocken-Werke A.-G., Berlin W 8, Friedrichstr. 55

Gewerkerschaftshaus
 Engelufer 25 Engelufer 25

Sonnabend, den 15. März
Bockbier- und Schlachtfest

Eisbeine, Schlachteschüsseln, Weißfleisch,
 frische Blut- u. Leberwurst aus eigener
 Schlächtereier. — Künstler-Konzert.
BERLINER MÄNNER-QUARTETT.

Theater, Lichtspiele usw.

Staats-Theater
 Opernhaus 7 1/2 Uhr Tieland
 Opernhaus am Königsplatz 7 1/2 Uhr Martha
 Schauspielhaus 7 1/2 Uhr Fest d. Handwerker - Guten Morgen, Herr Fischer!
 Schiller-Theater 7 1/2 Uhr Columbus

Deutsch-Theater
 7 1/2 Uhr Dantons Tod
 Kammerspiele 8 Uhr Palme oder: Der Gekränkte
 Theater l. d. Königsgräberstr. 8 Uhr Wenn der neue Wein blüht
 Komödienhaus 8 Uhr Mexiko-Go'd
 Berliner Theater 7 30 Uhr Das Weib im Purpur
 Theater am Nollendorfsplatz 7 1/2 Uhr Zwei um Eine
 Residenz-Theater 8 Uhr Die junge Welt
 Kleines Th. Devisen
 Komödie v. L. Sc. mod. (Lustspiel)
 Trianon-Theater 8 Uhr Die nackte Tänzerin
 Theater am Kottbuser Tor 8 Uhr Die Nacht der Bomben

Lossing-Th.
 Heute morgen 7 1/2 Uhr Wie es euch gefällt
 8 1/2 Uhr Ein Walzertraum

Deut. Künstler-Th.
 Altsiedler 7 1/2 Uhr Señora

Th. Läden
 7 1/2 Uhr Jünger und drüber
 8 Uhr Ein Walzertraum

Intimes Theater
 Der Hinduprinz
 Der Schrei u. a.

Metropol-Theater
 Letzte Vorstellung 7 1/2 Uhr Marietta
 Neues Theat. a. Zoo 7 1/2 Uhr Lilly Flohr in Reins Tochter Otto

Thalia-Theater
 7 1/2 Uhr Das Radomädel
 8 1/2 Uhr Die Nacht der Bomben

Waller-Theater
 7 1/2 Uhr Kad. Phario

Lustspielhaus
 8 1/2 Uhr Der Liebestrank

Reichshallen-Theater
 Täglich 7 1/2 Uhr, Sonntag nachm. 3 Uhr
Stettiner Sänger
 Komponist im Dign. Oßhoff-Breitl
 Anfang 7 1/2 Uhr
 Jeden l. u. 16. neuen Programm!

Politik

zu treiben, liegt uns fern.
 Unser Programm wird von
 internat. Kräften bestritten.

+ + + +

Die populärste Unterhaltungsstätte Groß-Berlins ist zweifellos die

SCALA

Schon für 80 Pfg.
 erhalten Sie einen
 numeriert. Sitzplatz

Neues Operetten-Th.
 Täglich 7 1/2 Uhr
**Die Guido Thielscher
 verlagte Nacht**

Operette in 3 Akten
 Operette in 3 Akten

Etablissement Café
Zielka
 Varietè - Kabarett
 7 1/2 Uhr Täglich ab 7 1/2 Uhr
 Pan Beckers, Willy Prager
 Täglich 7 1/2 Uhr
 Täglich 7 1/2 Uhr

Zu den bevorstehenden
Reichstagswahlen
 haben wir zwei neue
 Serien farbiger
 effektvoller

WAHL- PLAKATE

Serie 1. 34x43 cm, 6 St. a 15 Pf.
 Serie 2. 46x59 cm, 5 St. a 18 Pf.
 Serie 3. 64x96 cm, 3 St. a 22 Pf.
 Sämtliche Muster
 gegen Einsendung von M. 2.50.
Friedr. Meyer & Co.
 Lübecker Volksbote
 Lübeck.

Central-Theater
 Altes Jakobstr. 34
 Täglich 8 Uhr:
**Der dumme
 August**
 Operette in 3 Akten

Rose-Theater
 7 1/2 Uhr
Die Schneewittchen
 7 1/2 Uhr
 Täglich 8 Uhr

Walhalla
 Theater
 Weinbergweg
 15 Welt-
 attraktionen

Casino-Theater
 Lothringers Str. 37
 Täglich 8 Uhr
Die Nacht der Bomben
 Täglich 8 Uhr

• Apollo-Theater •
 Täglich 7 1/2 Uhr
Die Abenteurerin
 Operette in 3 Akten

Folies Caprice
 8 Uhr
**Die Beine einer
 schön en Frau**
 Operette in 3 Akten

Teppiche
 auf
Teilzahlung
 in allen Größen u. Qualitäten.
 Ferner:
 Brücken, Gardinen, Stores,
 Stoppdecken, Daunendecken,
 Ruhebettdecken.
Sehr billige Preise.
 Gebr. Kassner
 Bülowstr. 6, Nollendorfsplatz

2 Mark
 wöchentl. Teilzahlung
 Eleg. Herren-Garderobe
 fertig und nach Maß
 Garantie für tadelloser Sitz, Verarbeitung
 Maßschneider J. Kurzberg
 Oranienstraße 160, I.

BLUTARMEN KRANKEN
 ärztlich
 empfohlen
Santa Lucia
 Künftig in Apotheken, Droguen
 und Delikatessgeschäften.

Besonders
 sind alle
 „KLEINEN ANZEIGEN“ in der
 Gesamtauflage des **billig!**
 Vorwärts, trotzdem

Garderobe
 in guten Qualitäten
auf Teilzahlung
 bei kleiner An- u. Abzahlung
Herren- Damen-
 Anzüge / Paletots Mäntel / Kleider
 Cutaways / gestr. Hosen Kostüme / Jacken
 Ersatz für Maßarbeit
 Regenmäntel, Strickwesten, Strickjacken.
Einsegnungs-Anzüge und -Kleider
 Gekaufte Garderobe wird sofort mitgegeben.
Beiser, Lothringers Straße 67